

Geschäftsbericht **2023**

Sparda-Bank München eG



Wir unterstützen die Ziele
für nachhaltige Entwicklung
der Vereinten Nationen

Deutschlands erste
GEMEINWOHL-BANK

Sparda-Bank München eG
Sparda-Bank



Links Peter Berger, rechts Joachim Gorny

Foto: Marion Vogel

Zwischen Herausforderungen und Chancen – gemeinsam eine erfolgreiche Zukunft gestalten

Für die Sparda-Bank München war 2023 ein bewegendes und ein bewegtes Jahr. Im vergangenen Jahr haben wir uns im Vorstand neu formiert.

Peter Berger hat mit Wirkung vom 01.08.2023 den Vorstandsvorsitz von Helmut Lind übernommen, der sich aus gesundheitlichen Gründen zum 31.07.2023 in den Ruhestand verabschiedete. Die Vorstandsmitglieder Petra Müller und Silke-Schneider-Wild sind in 2023 ebenfalls ausgeschieden.

Joachim Gorny hat mit Wirkung vom 01.10.2023 das Vorstandsressort Steuerung, Produktion und IT übernommen. Peer Teske, seit 1. Januar 2023 zunächst als CIO IT-Transformation für die Bank in leitender Funktion tätig, ist seit 1. September 2023 als Generalbevollmächtigter tätig und wird nach entsprechender Zustimmung der BaFin in 2024 in den Vorstand aufrücken.

Die vielen Herausforderungen auf der globalen und nationalen Bühne haben auch uns beschäftigt. Dennoch haben wir unser Ziel, weiterhin ein verlässlicher genossenschaftlicher Partner für unsere Kunden und Mitglieder zu bleiben, im Blick behalten. Wir sind überzeugt, dass eine stetige Kundenorientierung gepaart mit der Kompetenz und dem Engagement der Mitarbeitenden die wichtigste Grundlage für den Erfolg von morgen sein wird.

Als Unterzeichner der Charta der Vielfalt haben wir innerhalb der Bank ein Zeichen im Sinne eines vorurteilsfreien Arbeitsumfelds gesetzt. Werte wie Vielfalt, Toleranz und gegenseitiger Respekt prägen unseren Umgang miteinander und wirken sich auf unser Handeln aus.

Neue und zukunfts- fähige Leistungen

Viele Menschen wollen auch bei ihrer Immobilie nachhaltiger werden. Eine gute Energiebilanz wirkt sich zudem positiv auf den Wert der Immobilie aus. Alle Fragen, die sich dazu stellen, beantworten unsere zertifizierten Nachhaltigkeitsberaterinnen und -berater in der Sparda-Baufinanzierung mit fundiertem Wissen zu Finanzierung und Nachhaltigkeit rund um Immobilien.

Ein neues Kreditangebot mit Fokus auf nachhaltige und soziale Aspekte ergänzt seit 2023 unser Portfolio. Im Fokus des „Zukunftskredits“ stehen ökologische Baumaßnahmen, E-Mobilität und Bildung, die durch einen Zinsabschlag von 0,5 Prozent gefördert werden.

Bereits 2022 war für die Sparda-Bank München ein gutes Jahr in der Vermittlung von Investmentfonds. Dieser Erfolg konnte 2023 ausgebaut werden: Wir haben im vergangenen Jahr hier unser bisher bestes Ergebnis erreicht. Bei Geldanlagen und Investments ist die Bandbreite an Möglichkeiten für unsere Kundschaft groß: von sicherheitsorientiert bis risikofreudig, von kurz- bis langfristig, von Einmalanlagen bis zum monatlichen Ansparplan. Gleichzeitig nimmt das Interesse unserer Kundinnen und Kunden an nachhaltigen Geldanlagen zu. Wir bieten dafür attraktive Lösungen – auch als digitales Angebot.

Wir wollen, dass sich unsere Kunden und Mitglieder bei uns zu Themen rund ums Geld auch in Zukunft gut aufgehoben fühlen und sich mit uns weiterentwickeln können.

Den Gemeinwohlgedanken konnten wir im Jahr 2023 in vielen Facetten unserer Arbeit erfolgreich in die Tat umsetzen: So hat sich der Gewinn-Sparverein der Sparda-Bank München e. V. im vergangenen Jahr wieder für zahlreiche Einrichtungen und Initiativen in unserem Geschäftsgebiet starkgemacht und rund 2,4 Millionen Euro in mehr als 500 Einzelspenden vergeben.

**2,4 Millionen Euro
für unsere Region**

Die Verantwortung gegenüber unserer Umwelt – eine weitere wichtige Säule unseres gemeinwohlorientierten Engagements – trägt einen Teil zur hohen Lebensqualität in der Region bei und wurde mit unserer Aktion „Ein Baum für jedes neue Mitglied“ 2023 weitergeführt. Bis heute haben wir mehr als 105.000 Bäume gepflanzt und leisten so einen erfolgreichen Beitrag zur ökologischen Diversität in Oberbayern.

Unser Dank

Wir danken unseren Kunden und Mitgliedern sowie allen Geschäftspartnern für ihr Vertrauen. Darüber hinaus danken wir der Vertreterversammlung, dem Aufsichtsratsgremium, unseren Kooperationspartnerschaften und dem Verband der Sparda-Banken e. V. für die Unterstützung und die erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein besonderer Dank gebührt unseren Mitarbeitenden für ihr Engagement, ihre Treue und ihr Vertrauen in uns als Arbeitgeber.

Trotz der bestehenden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Unsicherheiten und Herausforderungen blicken wir positiv in die Zukunft und freuen uns auf das, was kommt!



Peter Berger
(Vorstandsvorsitzender)



Joachim Gorny
(Mitglied des Vorstands)

Inhalt

Wir fördern unsere Region	4	Anhang	32
Die Organe unserer Genossenschaft	6	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	44
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023	8	Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2023.....	49
Bericht des Aufsichtsrats	22	Impressum	51
Jahresbilanz zum 31.12.2023	26		
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023	30		

Hinweis: Wir schätzen Diversität sehr und versuchen daher, eine geschlechtersensible Sprache zu verwenden. Da dies leider nicht immer gelingt, verwenden wir das generische Maskulinum. Wir meinen im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat ausschließlich redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Wir fördern unsere Region – unser Engagement im Jahr 2023

Genossenschaft



Als Genossenschaftsbank sind wir seit unserer Gründung im Jahr 1930 genossenschaftlichen Werten wie Solidarität, Mitbestimmung, Gerechtigkeit, Sicherheit verbunden. Wir gehören nicht anonymen Aktionärinnen und Aktionären, sondern unseren Mitgliedern. Genossenschaften sind demokratisch organisiert. So haben alle Mitglieder, unabhängig von der Anzahl ihrer Anteile, genau eine Stimme sowie gleiche Rechte und Pflichten. Über das Mitbestimmungsrecht kann jedes Mitglied über gewählte Vertreterinnen und Vertreter auf die Arbeit der Genossenschaftsbank Einfluss nehmen. Seit jeher haben wir das Wohl unserer Mitglieder im Blick und nicht die Maximierung des Gewinns.

Mitgliedschaft

267.073 Menschen sind Mitglied bei der Sparda-Bank München. 2.245 kamen 2023 dazu. Insgesamt halten sie über 4 Millionen Geschäftsanteile.

Mitarbeitende

Unsere 758 Mitarbeitenden – inkl. 33 Azubis – sind gerne bei uns und schätzen sehr, dass ihre individuellen Stärken im Fokus stehen und gefördert werden. Wir bieten abwechslungsreiche Tätigkeiten, eine Reihe an Benefits und ein familiäres Miteinander. 2023 haben wir die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Bei der Sparda-Bank München war Vielfalt schon immer erwünscht und wird von allen Seiten positiv angenommen.



Filialen und SB-Center

Mit 33 Filialen und 23 SB-Centern im Geschäftsgebiet Oberbayern setzen wir auf die Nähe zu unseren Kundinnen und Kunden. Die persönliche und kompetente Beratung und Betreuung unserer Kundschaft ist trotz digitaler Services für uns ein hohes und unverzichtbares Gut.

Beitrag zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen

Die Sustainable Development Goals – abgekürzt SDGs – sind 17 Ziele, die eine nachhaltige Entwicklung bis 2030 weltweit sicherstellen sollen. Die Sparda-Bank München leistet mit vielen ihrer Aktivitäten einen Beitrag zur Erreichung der Ziele.



Wir pflanzen Bäume für unsere Region

Die Sparda-Bank München verknüpft den Genossenschaftsgedanken mit aktivem Klimaschutz. Seit 2015 pflanzen wir für jedes neue Mitglied einen Baum in unserem Geschäftsgebiet Oberbayern. Ergänzt durch weitere Aktionen konnten mittlerweile über 105.000 Bäume in der Region Wurzeln schlagen, darunter Eichen, Buchen, Tannen, Hainbuchen, Wildkirschen und Wildbirnen.

Nachhaltigkeit bei Finanzierungen

Ob Bau, Kauf oder Sanierung: Alle, die großen Wert auf Nachhaltigkeit legen, können in den Genuss eines Gemeinwohl-Bonus kommen und somit einen Zinsnachlass von 0,1 Prozent erhalten.

Oft gibt es viele Fragen für Nachhaltigkeit bei Immobilien zu klären. Unsere zertifizierten Nachhaltigkeitsberaterinnen und -berater in der Sparda-Baufinanzierung unterstützen bei Fragen zum energetischen Sanieren und zu staatlichen Förderungen mit fundiertem Wissen.

Bei unserem Zukunftskredit stehen ökologische Baumaßnahmen, E-Mobilität und Bildung im Fokus, die durch einen Zinsabschlag von 0,5 Prozent gefördert werden. Das gilt beispielsweise bei Baumaßnahmen wie den Einbau einer PV-Anlage oder einem behinderten- oder altersgerechten Umbau. Bei der Finanzierung einer Weiterbildung oder eines Studiums gibt es auch den günstigeren Zinssatz. Ebenso bei der Anschaffung eines E-Autos, E-Bikes und der Einrichtung einer Ladestation.



Transparente Anlagepolitik



Für uns ist es seit vielen Jahren selbstverständlich, die Anlagepolitik der Eigenanlagen transparent zu gestalten und darüber auf unserer Homepage zu berichten. Die Finanzanlagen der Sparda-Bank München sind überwiegend ESG-konform. Das heißt, sie entsprechen unseren Anforderungen für nachhaltiges Investieren. Hierzu durchlaufen sie vor der Investition einen Prüfprozess, der dies sicherstellt.

Partnerschaften und Einkauf

Wir pflegen vertrauensvolle und langjährige Beziehungen zu Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern. Wir kaufen – soweit möglich – zertifizierte und regionale Produkte ein.



Gesellschaftliche Verantwortung



Wir engagieren uns aus Überzeugung für soziale und ökologische Projekte in der Region. Durch unsere über 50.000 Mitglieder des Gewinn-Sparvereins der Sparda-Bank München e. V. konnten wir 2023 rund 2,4 Millionen Euro an gemeinnützige Initiativen für Klimaschutz, soziales Miteinander und eine nachhaltige Entwicklung vergeben. Die Gewinnsparerinnen und Gewinnsparer investieren in ihre eigene Zukunft, indem sie Geld sparen. Mit jedem Los fördern sie die nachhaltige Entwicklung unserer Region und sichern sich dazu Chancen auf attraktive Gewinne – jeden Monat aufs Neue.

Förderung von natürlichen Talenten

Unsere gemeinnützige NaturTalent Stiftung verfolgt den Ansatz der Stärkenorientierung, insbesondere bei jungen Menschen in der Phase der Berufswahl. Das Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Menschen – aufbauend auf ihren Talenten – ihre Berufung leben können und dadurch engagiert, erfolgreich und zufrieden sind.

Die NaturTalent Beratung GmbH begleitet und unterstützt Organisationen bei der Implementierung einer stärkenorientierten Kultur. Die Lösungen der NaturTalent Beratung setzen von Auszubildenden bis zu Führungskräften, aber auch bei ganzen Teams oder Organisationsbereichen an.



Die Organe unserer Genossenschaft

Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung ist das wichtigste Organ unserer Genossenschaft. In ihr werden die Rechte der Mitglieder über gewählte Vertreterinnen und Vertreter aus den Reihen der Mitglieder ausgeübt. Dabei hat jede Vertreterin und jeder Vertreter bei Wahlen und Beschlüssen nur eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der gehaltenen Genossenschaftsanteile.

Die Wahl zur Vertreterversammlung findet alle fünf Jahre statt. Die Anzahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter ist in der Satzung geregelt. Für die Sparda-Bank München eG wird für je angefangene 1.400 Mitglieder eine Vertreterin bzw. ein Vertreter gewählt. Die letzte Vertreterwahl fand 2021 statt. Aktuell besteht die Vertreterversammlung der Sparda-Bank München eG aus 227 Mitgliedern.

Die Vertreterversammlung vertritt die Interessen der Mitglieder und bestimmt in wesentlichen Angelegenheiten die Geschicke unserer Genossenschaft mit. Sie beschließt z. B. über Änderung der Satzung, wählt die Mitglieder des Aufsichtsrats und beschließt über die Verwendung des Jahresüberschusses sowie über die Dividende und entlastet Vorstand und Aufsichtsrat.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand und überwacht dessen Geschäftsführung. Er wird zu zwei Dritteln von der Vertreterversammlung gewählt. Ein Drittel wird gemäß dem Drittelbeteiligungsgesetz aus der Belegschaft gestellt und von dieser gewählt.

Der Aufsichtsrat der Sparda-Bank München eG, jeweils von links:
Oben: Berthold Ottmann (Vorsitzender), Kurt Dobrauer (stellv. Vorsitzender), Sabine Beier
Mitte: Oliver Edelmann, Bettina Hinterseer, Christian Kaffl
Unten: Peter Nitschmann, Thorsten Weinert, Norbert Zänkert



Vorstand

Der Vorstand leitet die Geschäfte der Bank eigenverantwortlich unter Beachtung von Genossenschaftsgesetz und Satzung:

Peter Berger, Vorsitzender seit 1.8.2023 (links);

Joachim Gorny, Mitglied des Vorstands seit 1.10.2023 (rechts)

Generalbevollmächtigter

Mit Wirkung vom 1.9.2023 wurde Peer Teske zum Generalbevollmächtigten ernannt. Er zeichnet für den Vertrieb verantwortlich und wird – nach entsprechender Zustimmung der BaFin – in den Vorstand aufrücken.

Jahresabschluss 2023



Foto: iStock, DeanDrobot

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 der Sparda-Bank München eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank München eG wurde 1930 in der Rechtsform der Genossenschaft gegründet. Unser Geschäftsgebiet liegt im Wesentlichen in Oberbayern. Ziel des wirtschaftlichen Handelns unseres Unternehmens ist nicht die Gewinnmaximierung, sondern die wirtschaftliche Förderung unserer Mitglieder.

Unser Leitbild wird geprägt von den Werten und Grundprinzipien der Bank. Als Genossenschaftsbank tragen wir eine besondere Verantwortung. Jedes Mitglied ist durch seine Einlage gleichzeitig auch Teilhaber der Bank und damit Eigentümer.

Im Mittelpunkt unsers Handelns steht der Kunde. Wir wollen langfristige und faire Geschäftsbeziehungen mit unseren Kunden und Mitgliedern pflegen. Wir verstehen uns als attraktiven und wertschätzenden Arbeitgeber. Wir sind politisch neutral und gemeinwohlorientiert.

Als erste Gemeinwohl-Bank in Deutschland engagieren wir uns besonders für eine nachhaltige Unternehmensführung. Der Grundgedanke des Genossenschaftswesens ist von der Idee der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder geprägt und ist auf einen nachhaltigen Erfolg der Genossenschaft zum Wohle der Gemeinschaft ausgerichtet. Unter „nachhaltigem Finanzwesen“ verstehen wir jede Form von Aktivität, die die Kriterien Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung ausgewogen in die Geschäfts- und Investitionsentscheidungen der Bank integriert. Als Genossenschaftsbank für private Kunden sind wir für unsere Kunden und Mitglieder eine Direktbank mit Filialen. An 33 Filialstandorten sind die Mitarbeitenden der Bank persönlich für die Kunden da. Darüber hinaus können die Kunden 23 SB-Center für die Bargeldversorgung nutzen. Zum Kerngeschäft der Sparda-Bank München eG gehören alle Finanzdienstleistungen rund um die Bedürfnisse privater Kunden. Hierzu zählen die Finanzierung von privatem Wohneigentum, der Zahlungsverkehr und das Einlagengeschäft sowie das Vermittlungsgeschäft im Wertpapier-, Versicherungs- und Bausparbereich.

Die Organe der Bank bestehen aus der Vertreterversammlung (227 Mitglieder), dem Aufsichtsrat (9 Mitglieder, davon 3 Arbeitnehmervertreter) und dem Vorstand (zwei Vorstandsmitglieder). Unsere Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und Finanzmärkte

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Leichter Rückgang der Wirtschaftsleistung

Im Jahr 2023 beeinträchtigten die Spätfolgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und der Coronapandemie die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands. In Folge dieser Belastungen sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Prozent, nachdem es 2022 noch merklich zugelegt hatte (+1,8 Prozent). Die Inflationsrate verminderte sich zwar von 6,9 Prozent im Jahresdurchschnitt 2022 auf 5,9 Prozent 2023. Der Preisauftrieb blieb damit aber weiterhin ausgesprochen hoch.

Inflation hemmt den Privatkonsum

Nach einem durch die Erholung von der Coronakrise getriebenen kräftigen Zuwachs im Vorjahr um 3,9 Prozent gingen die privaten Konsumausgaben 2023 preisbereinigt um 0,7 Prozent zurück. Hauptgrund war der kräftige Anstieg der Verbraucherpreise, der die Kaufkraft der Einkommen vieler Haushalte deutlich dämpfte. Vor allem in Bereichen, in denen die Preise auf dem hohen Stand des Vorjahres verharrten oder sogar weiter zulegten, kam es zu rückläufigen Ausgaben. Die Privathaushalte gaben insbesondere für Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte (-6,3 Prozent) sowie Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (-4,5 Prozent) erheblich weniger aus, trotz der vielfach deutlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen und der insgesamt robusten Arbeitsmarktlage. Die staatlichen Konsumausgaben verminderten sich mit dem Wegfall von pandemiebedingten Sonderausgaben ebenfalls. Der Staatskonsum, der 2022 noch um 1,6 Prozent gestiegen war, sank um deutliche 1,5 Prozent. Insgesamt trugen die Konsumausgaben mit einem Beitrag von -0,7 Prozentpunkten wesentlich zum Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts bei.

Gespaltene Investitionskonjunktur

Ähnlich wie bereits im Vorjahr zeigte sich die Investitionskonjunktur gespalten. Einerseits legten die Investitionen in Ausrüstungen wie Fahrzeuge und Maschinen erneut zu, wenn auch schwächer als 2022 (+3,0 Prozent nach +4,0 Prozent). Hier stützen die abnehmenden Lieferengpässe die Entwicklung,

die eine sukzessive Abarbeitung der aufgestauten Auftragsbestände ermöglichten. Andererseits gaben die Bauinvestitionen, die im Vorjahr um 1,8 Prozent gesunken waren, abermals nach. Sie wurden noch stärker als die Ausrüstungsinvestitionen durch die rasant steigenden Leitzinsen ausgebremst und verminderten sich, trotz eines witterungsbedingt günstigen Jahresauftakts, um 2,7 Prozent. Neben dem zinsbedingten Nachfragerückgang, von dem der Wohnungsbau noch stärker als der Gewerbebau betroffen war, belastete die nur langsam nachlassende Baupreisdynamik das Investitionsgeschehen. Alles in allem gingen von den Bruttoanlageinvestitionen ein leicht negativer Impuls (−0,1 Prozentpunkte) für das preisbereinigte Wirtschaftswachstum aus.

Inflationsrate nach Höchststand etwas gesunken

Nachdem die jährliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex 2022 mit 6,9 Prozent den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht hatte, ging sie 2023 etwas zurück. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflationsrate bei 5,9 Prozent, wobei die Monatswerte einen klar rückläufigen Trend zeigten. So ist die Inflationsrate ausgehend von den im Januar und Februar mit jeweils 8,7 Prozent markierten Maximalwerten bis November und Dezember auf Jahrestiefstände von 3,2 Prozent und 3,7 Prozent gefallen. Generell haben sich die Triebkräfte der Inflation verschoben, weg von den Importpreisen hin zur Binnenteuerung. Verantwortlich für den Rückgang der Gesamtteuerung war in erster Linie der nachlassende Preisanstieg bei Energie. Angesichts staatlicher Entlastungsmaßnahmen und rückläufiger Notierungen für Energieträger verteuerten sich Energieprodukte 2023 um unterdurchschnittliche 5,3 Prozent, nach einem enormen Anstieg um 29,7 Prozent im Vorjahr. Bei Nahrungsmitteln hielt hingegen der hohe Preisauftrieb nahezu ungebremst an. Sie verteuerten sich um 12,4 Prozent nach einer Erhöhung um 13,4 Prozent im Vorjahr.

Verhaltene Baukonjunktur

Die Baukonjunktur präsentierte sich abermals schwach. Nach einem deutlichen Rückgang im Vorjahr (−3,3 Prozent) verminderte sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Baugewerbes 2023 nochmals, wenngleich mit einer Veränderungsrate von −0,2 Prozent weniger stark als zuvor. Hemmend auf die Aktivitäten des Wirtschaftsbereichs wirkten vor allem die weiterhin hohen Baukosten, der anhaltende Mangel an Arbeitskräften und die, wegen der gestiegenen Zinsen, verschlechterten Finanzierungsbedingungen. Hiervon war insbesondere der Hochbau betroffen, während sich die Geschäfte im Tiefbau und im Ausbaugewerbe vergleichsweise besser entwickelten. Darauf deuten unter anderem die amtlichen Umsatzdaten hin, die allerdings nicht preisbereinigt, sondern lediglich in jeweiligen Preisen verfügbar sind. So expandierte der baugewerbliche Umsatz im Hochbau in den ersten drei Quartalen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum lediglich um 1,1 Prozent. Im Tiefbau und im Ausbaugewerbe kam es hingegen zu kräftigen Zuwächsen um 12,2 Prozent und um 15,7 Prozent, befördert einerseits durch einen regen Straßenbau und andererseits durch eine hohe Nachfrage nach energetischen Sanierungen. Trotz der allgemeinen Schwäche hielt der Stellenaufbau im Baugewerbe an. Die Erwerbstätigenzahl kletterte um 0,5 Prozent auf reichlich 2,6 Millionen Personen.

Entwicklung der Finanzmärkte:

Die Finanzmärkte sehen Zins- und Inflationsgipfel erreicht

Jahrelang befanden sich weltweit viele Volkswirtschaften in einem Umfeld anhaltend niedriger bzw. negativer Zinsen. Verantwortlich für die niedrigen Zinsen waren nicht zuletzt die Notenbanken, die vielfach einen sehr expansiven Kurs verfolgten. Dies hat sich in 2022/2023 in einem enormen Tempo verändert. Für das Bankgeschäft stellte der schnelle Zinsanstieg und das volatile Zinsumfeld eine große Herausforderung dar. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird gemäß Einschätzung der DZ BANK AG nicht umhinkommen, ihre Geldpolitik noch einige Zeit restriktiv zu halten, da der Inflationsdruck insbesondere bei den Kerninflationen nur langsam nachlassen und das Inflationsziel der EZB noch lange nicht erreicht sein wird.

Die Notenbanken setzten ihre geldpolitischen Straffungen aus dem Vorjahr fort und erhöhten ihre Leitzinsen weiter. Die größten westlichen Notenbanken, die EZB und die Federal Reserve der USA (Fed), erreichten damit 2023 und binnen unter achtzehn Monaten Erhöhungsphase die höchsten Leitzinsniveaus seit der globalen Finanzkrise von 2008; im Falle der EZB die höchsten seit Einführung des Euro. Im Zuge dieser Zinspolitik sanken die konjunkturellen Aussichten der Weltwirtschaft aufgrund der steigenden Finanzierungskosten. Auch die Entwicklung in China trug zur einsetzenden Konjunkturbremmung bei, da das dortige Wachstum durch eine Immobilienkrise und Nachwirkungen der strengen Nullcovidpolitik geschwächt wurde. Geopolitische Unsicherheiten wie der andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel intensivierte Nahostkonflikt oder die Rivalität zwischen China und den USA belasteten die Konjunkturaussichten ebenfalls.

Die Finanzmärkte entwickelten sich trotz dieser Belastungen positiv und bewerteten die rückläufigen Inflationsraten des Jahres 2023 als Zeichen für schneller als zu Jahresbeginn erwartete Zinssenkungen im Jahr 2024. So fiel die Verbraucherpreisinflation in den USA zum Jahresende auf 3,4 Prozent, nachdem sie im Januar 2023 noch bei fast doppelt so hohen 6,4 Prozent gelegen hatte. Im Euroraum war sie im selben Zeitraum von 8,6 Prozent auf 2,9 Prozent gefallen. Zwar entwickelte sich die für die Geldpolitik maßgebliche Kernrate, die um die schwankungsanfälligen Komponenten Energie und Nahrung bereinigt ist, weniger dynamisch. Sie fiel in den USA von 5,6 auf 3,9 Prozent und im Euroraum von 7,1 auf ebenfalls 3,9 Prozent. Doch die Finanzmärkte reagierten stark auf die Rückgänge, wodurch Aktien- und Anleihekurse vor allem zum Jahresende deutlich zulegten.

Europa: EZB erhöht Leitzinsen um 200 Basispunkte auf höchstes Zinsniveau ihrer Geschichte

Nachdem die EZB ihre Leitzinsen 2022 um 250 Basispunkte erhöht hatte, vollzog sie 2023 sechs weitere Zinserhöhungen um insgesamt 200 Basispunkte. Am 20. September 2023 erreichten die Leitzinsen ihren vorläufigen Höhepunkt mit 4 Prozent für die Einlagefazilität und 4,5 Prozent für die Hauptrefinanzierungsfazilität sowie 4,75 Prozent für die Spitzenrefinanzierungsfazilität. Damit überschritt die EZB erstmals ihr vor der Finanzkrise erreichtes Leitzinsniveau, als die Einlagefazilität im Maximum bei 3,25 Prozent gelegen hatte. Auf den nachfolgenden Sitzungen bis zum Jahresende bestätigte die EZB dieses Zinsniveau und kündigte ähnlich der Fed an, es so lange aufrecht halten zu wollen, bis die Inflation das mittelfristige EZB-Ziel von 2 Prozent wieder erreiche.

Parallel zu ihren Leitzinserhöhungen fuhr die EZB auch ihre Anleihekaufprogramme weiter zurück, um dadurch ihre restriktive Geldpolitik zu verstärken. Dadurch ging die zusätzliche Nachfrage der Notenbank an den Anleihemärkten deutlich zurück, die in der Niedrigzinsphase dazu gedient hatte, die langfristigen Zinsen zu senken. Indem sie diese Nachfrage entzog, wollte die EZB diese langfristigeren Zinsen wieder steigen lassen und damit die Wirkung ihrer zuerst die kurzen Fristen beeinflussenden Leitzinsen unterstützen. Ab Juli 2023 wurden fällig werdende Anleihen im Portfolio des 2014 eingeführten Programms APP nicht wieder reinvestiert, nachdem sie zuvor noch teilweise reinvestiert worden waren. Im Schnitt wurden 2023 monatlich ungefähr 27,6 Milliarden Euro APP-Volumen nicht wieder reinvestiert. Auf der letzten geldpolitischen Sitzung am 14. Dezember 2023 entschied die Notenbank zudem, fällig werdende Anleihen des 2020 aufgelegten Pandemiekaufprogramms PEPP ab Juli 2024 nur noch teilweise zu reinvestieren. Damit möchte sie ihre geldpolitische Straffung verstärken. Das Portfolio soll im Schnitt monatlich um 7,5 Milliarden Euro schrumpfen. Zum Jahresende 2024 sollen, laut Erklärung des EZB-Präsidiums, die Reinvestitionen dann komplett eingestellt werden. Das PEPP-Portfolio belief sich zum Jahresende 2023 auf rund 1,7 Billionen Euro, das APP-Portfolio auf rund 3 Billionen Euro.

Anleihenachterbahn mit finalen Kursgewinnen

Inflations- und Zinserwartungen sowie die tatsächlichen Entscheidungen der Notenbanken prägten die Anleihemärkte 2023 in Form hoher Volatilität. Das Jahr begann, nach den starken Kursverlusten durch Kriegs-, Inflations- und Zinsschocks 2022, mit einer Kurserholung von Staatsanleihen. In der Folge fielen ihre Renditen. So belief sich die Rendite der zehnjährigen deutschen Staatsanleihe am 02. Februar 2023 auf 2,07 Prozent, nach noch 2,56 Prozent an Neujahr. Aufgrund der weiterhin restriktiven Politik der Notenbanken stiegen die Renditen danach jedoch wieder an. In der Spitze erreichte die zehnjährige Bundesanleihe am 02. März 2023 eine Rendite von 2,75 Prozent. Im Zuge der US-Regionalbankenkrise und der Schieflage der Credit Suisse, die zu einer von den Schweizer Behörden organisierten Zusammenlegung mit dem Schweizer Konkurrenten UBS führte, fiel diese Rendite jedoch bis zum 20. März auf 2,1 Prozent zurück. Dieses Auf und Ab setzte sich im weiteren Jahresverlauf fort. Im Vorfeld der geldpolitischen Sitzungen der Notenbanken, vor allem der Fed und der EZB, stiegen oder fielen die Renditen teils deutlich. Im Nachgang der Sitzungen setzte in der Regel eine zum Vorfeld gegenläufige Korrektur ein. Gleiches galt für neue Inflationszahlen aus den USA oder Europa. Bis Ende September tendierten die Renditen dabei aufwärts und die Kurse abwärts. Die zehnjährige Bundesanleihe erreichte ihre maximale Rendite von 2,97 Prozent am 28. September 2023.

Im vierten Quartal und insbesondere zum Jahresende erholten sich die Kurse der Anleihen jedoch deutlich, wodurch die zugehörigen Renditen sanken. Die zehnjährige Bundesanleihe erbrachte zum Jahresende mit 2,03 Prozent ein Fünftel weniger Rendite als zum Jahresanfang. Ähnlich entwickelten sich andere Anleihen des Euroraumes, während amerikanische und britische Anleihen zwar ebenfalls Kursgewinne zum Jahresende verzeichneten, wegen der unterschiedlichen Zinszyklen damit aber nur auf die Niveaus des Jahresauftakts zurückfielen. Die Anleihen folgten hierbei den Erwartungen der Märkte an eine 2024 deutlich sinkende Inflation mit entsprechenden Leitzinssenkungen der Notenbanken.

Euro stabilisiert sich mit geopolitischer Lage und Leitzinserhöhungen der EZB

Die europäische Gemeinschaftswährung wertete im Verlauf des Jahres 2023 leicht von 1,07 US-Dollar auf 1,10 US-Dollar auf. Dabei profitierte die Gemeinschaftswährung von der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die ihre Leitzinsen um 200 Basispunkte erhöhte, während die US-Notenbank Fed ihre Leitzinsen um niedrigere 100 Basispunkte an hob. Dies verringerte den Zinsabstand der großen Währungsräume und ließ den Euro als Devisenachfolger nach einem schwachen 2022 attraktiver werden. Weiterhin profitierte die Gemeinschaftswährung von der insgesamt erfolgreichen Selbstverteidigung der Ukraine gegen Russlands Invasion. Diese ließ Sorgen um ein Übergreifen der russischen Aggression auf andere europäische Staaten stärker in den Hintergrund treten. Der geopolitische Risikoabschlag des Euro gegenüber dem Dollar sank auf das Gesamtjahr gesehen.

Dennoch blieb der Euro relativ zum Dollar anfällig und reagierte insbesondere auf Veränderungen der geopolitischen Lage und das Zinsverhalten der EZB. So sank der Euro vom 30. August bis zum 13. Oktober von 1,09 auf 1,05 US-Dollar. In dieser Zeitspanne beendete die EZB einerseits ihre Zinserhöhungen, während andererseits die Hamas mit ihren Terrorangriffen auf Israel einen kriegsähnlichen Konflikt entfachte. Da dieser Konflikt im weiteren Verlauf des Jahres 2023 aber weitgehend isoliert blieb und die Finanzmärkte zum Jahresende für die Fed bereits deutliche Leitzinssenkungen im Jahr 2024 einpreisten, konnte sich der Euro wieder erholen und das Jahr 2023 mit 1,10 Dollar beschließen.

DAX schließt nahe Rekordhoch

Die Aktienmärkte setzten zum Jahresauftakt die Erholung von Ende 2022 fort. Der DAX stieg vom 01. Januar bis zum 09. März 2023 um 12,3 Prozent auf 15.633,21 Punkte. Anschließend erschütterte jedoch die Krise der US-Regionalbanken die Finanzmärkte, insbesondere die plötzliche Zahlungsunfähigkeit der Silicon Valley Bank. Dies löste einen Schock auf den Aktienmärkten aus. Der DAX etwa verlor bis zum 17. März 5,5 Prozent seines Kurswertes. Die Verluste konzentrierten sich dabei auf Finanzwerte. Zugleich führte die Unsicherheit in den USA, aber auch global zu größeren Bewegungen von Bankeinlagen, insbesondere von solchen oberhalb der Einlagensicherungsgrenzen. Die Krise kulminierte mit der Fusion der Schweizer Großbanken Credit Suisse und UBS am 19. März, die die Schweizer Behörden zur Abwicklung der erstgenannten Bank organisiert hatte. Dieser Akt konnte die Märkte beruhigen und ermöglichte die Erholung der Aktien- und Finanzmärkte von dem kurzzeitigen Einbruch.

Diese Erholung flachte zum Sommer hin ab, setzte sich aber trotz wiederkehrender Volatilität insbesondere um die Leitzinsentscheide der Notenbanken fort. Ende Juli notierte der DAX bei 16.446,83 Punkten und damit 18,1 Prozent über seinem Jahreseinstandswert. Über den Spätsommer und beginnenden Herbst gingen die Kurse wieder leicht zurück, nachdem sich optimistische Einschätzungen des ersten Halbjahres nicht oder nur teilweise bewahrt hatten. Diese Korrektur erreichte ihren Tiefpunkt mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Der DAX verlor im Oktober 4,3 Prozent und fiel damit auf 14.716,54 Punkte zurück. Da der Konflikt bis zum Jahresende weitgehend auf den Gazastreifen begrenzt blieb, setzte im November bereits eine neuerliche, vorsichtige Erholung an den Aktienmärkten ein.

Zum Jahresende verstärkte sich die Erholung aufgrund sinkender Inflationszahlen und damit verbundener Hoffnungen auf Leitzinssenkungen der Notenbanken, womit eine Belebung der Konjunktur im Jahr 2024 verbunden wurde. Der DAX legte von Anfang November bis Jahresende um 13,1 Prozent zu. Dadurch schloss er das Jahr mit 16.751,64 Punkten und auf Jahressicht um 20,3 Prozent im Plus ab. Im globalen Vergleich entwickelte sich der deutsche Leitindex damit ähnlich zum Euro Stoxx 50, der 19,2 Prozent zulegen konnte, aber schwächer als der S&P 500 und der Nasdaq Composite. Letztere konnten 24,2 beziehungsweise 43,4 Prozent zulegen.

II.2 Leistungsindikatoren

Definition unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Über unsere Strategische Planung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

Als bedeutsamen Leistungsindikator für eine auskömmliche Ertragslage verwenden wir die Vermögensrendite (nachfolgend „ROA“). Diese errechnet sich aus dem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit zuzüglich der Zuführung zu den § 340f HGB Reserven und dividiert durch die Bilanzsumme.

Als weitere Steuerungsgrößen ziehen wir den Jahresüberschuss, den Rohüberschuss je Kunde, die Verwaltungsaufwendungen je Kunde (Verwaltungskosten bereinigt um Sondereffekte gemäß DVR / Kundenanzahl) sowie die Sicherstellung einer auskömmlichen Liquidität mittels der Liquidity Coverage Ratio (LCR - Bestand an liquiden Aktiva / Nettoabflüsse in den nächsten 30 Tagen) heran.

Neben der auch regulatorisch geforderten Sicherstellung einer ökonomischen und normativen Risikotragfähigkeit betrachten wir zusätzlich den Basel-II Zinskoeffizient hinsichtlich der Begrenzung von Zinsänderungsrisiken, welcher die Änderungen des Zinsbuchbarwertes, die sich aus den Zinsszenarien (a) oder (b) ergeben, in Relation zu den aufsichtlich anrechenbaren Eigenmitteln (regulatorische Eigenmittel), Zinsszenario (a): Zinsanstieg ad-hoc +200 Basispunkte, Zinsszenario (b): Zinssenkung ad-hoc -200 Basispunkte. Für den Lagebericht wird aus Risikogesichtspunkten nur das Szenario (a) von steigenden Zinsen betrachtet.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank ist eine angemessene, auskömmliche Eigenmittelausstattung erforderlich. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR (Eigenmittel des Instituts in Prozent des Gesamtrisikobetrag).

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Ein wesentlicher Teil unserer Unternehmenskultur ist ein faires und nachhaltiges Wirtschaften heute und in der Zukunft.

Der achtsame Umgang mit der Umwelt und ein damit einhergehendes Bewusstsein bei der Nutzung von Ressourcen sind in unserer Geschäftsstrategie verankert.

Für das Berichtsjahr 2023 hat die Sparda-Bank München eG, als berichtspflichtiges Unternehmen gemäß des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes, eine Entsprechenserklärung auf Basis des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) erstellt.

Entwicklung unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2023

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2023 stellt sich wie folgt dar:

Der ROA stieg von -0,57 Prozent auf 0,23 Prozent.

Die LCR ist von 197,9 Prozent auf 297,0 Prozent gestiegen.

Der Basel-II Zinskoeffizient verbesserte sich im Geschäftsjahr 2023 von 17,1 Prozent auf 15,8 Prozent.

Die Gesamtkapitalquote belief sich auf 20,4 Prozent, ein Anstieg von 1,5 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

Aufgrund der erstmaligen Darstellung der Leistungsindikatoren wurden hierzu im Vorjahr im Lagebericht keine Prognosen getroffen.

II.3 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank München eG

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	9.192.594	9.436.164	-	243.570	2,6
Außerbilanzielle Geschäfte	225.170	291.661	-	66.491	22,8

Die Bilanzsumme verringerte sich auf 9.192.594 TEUR.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und aus anderen Verbindlichkeiten zusammensetzen, sind gegenüber dem Vorjahr um 22,8 Prozent gesunken.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	5.111.346	5.405.794	-	294.448	5,4
Wertpapiere	408.947	413.671	-	4.724	1,1
Forderungen an Kreditinstitute	3.393.053	3.322.588	+	70.465	2,1

Die Entwicklung der Kundenforderungen blieb hinter den in der Vorperiode berichteten Prognosen zurück. Im Wesentlichen ursächlich hierfür war die verminderte Kreditnachfrage bei Baufinanzierungen aufgrund des starken Zinsanstieges.

Die Wertpapieranlagen blieben nahezu konstant.

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 70,4 Millionen Euro.

Es wurden Anlagen in Form von Termingeldern bei der genossenschaftlichen Zentralbank getätigt.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	198.148	280.805	–	82.657	29,4
Spareinlagen von Kunden	912.037	1.484.958	–	572.921	38,6
andere Einlagen von Kunden	7.361.369	6.900.345	+	461.024	6,7

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr um 82,7 Millionen Euro. Grund hierfür war im Wesentlichen eine verminderte Sicherheitenstellung bei der genossenschaftlichen Zentralbank für Derivategeschäfte.

Die Kundeneinlagen gingen im Berichtsjahr insgesamt um 1,3 Prozent zurück. Bei den Spareinlagen kam es zu einem Rückgang um 572,9 Millionen Euro. Hauptgrund hierfür waren die Spareinlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von 3 Monaten. Bei den anderen Einlagen kam es aufgrund einer Sonderaktion bei den Termineinlagen zu einer Verschiebung von täglich fälligen Einlagen hin zu Termineinlagen.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	10.967	11.095	–	128	1,2
andere Vermittlungserträge	3.256	3.377	–	121	3,6
Erträge aus Zahlungsverkehr	26.270	26.290	–	20	0,1

Die Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft waren im Vergleich zum Geschäftsjahr 2022 leicht rückläufig.

Im Bereich Wertpapier- und Depotgeschäft waren weniger Erträge aus der Fondsvermittlung zu verzeichnen.

Bei den anderen Vermittlungserträgen waren die Einnahmen aus der Bausparvermittlung rückläufig (–30,7 Prozent). Hingegen konnten die Provisionserträge aus der Vermittlung von Krediten an die TeamBank AG um ca. 50 Prozent gesteigert werden. Die Provisionserträge aus der Vermittlung von Versicherungen an die TeamBank AG waren um ca. 64 Prozent rückläufig. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr waren nahezu auf Vorjahresniveau.

Beteiligungen

Aus geschäftspolitischen Gründen investiert die Sparda-Bank München eG neben den Anlagen in Wertpapieren in Beteiligungen.

Den Tochtergesellschaften NaturTalent Stiftung gemeinnützige GmbH und NaturTalent Beratung GmbH kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie Ausdruck und Teil des Gemeinwohlverständnisses der Sparda-Bank München eG sind.

Daneben dienen die Funktionsbeteiligungen der Spezialisierung und Bündelung betrieblicher Aufgaben. Hierunter verstehen wir insbesondere Beteiligungen an Servicegesellschaften (bspw. IT Dienstleister) mit der Zielsetzung, Produktionsprozesse bspw. innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe oder gemeinsam mit anderen Sparda-Banken effizient und effektiv zu gestalten.

Im ersten Quartal 2023 haben sich die am Joint Venture beteiligten Sparda-Banken und die Sopra Steria Gruppe darauf geeinigt, das gemeinsame IT-Transformationsprojekt nicht weiter zu verfolgen und die Zusammenarbeit bis zum Jahr 2026 zu beenden und sich dem genossenschaftlichen IT Dienstleister Atruvia AG anzuschließen. Diese Entscheidung hatte wesentliche Auswirkungen auf unsere Beteiligung bei der COMECO GmbH & Co. KG, welche die Multibanking-Applikation TEO für die Sparda-Banken betreibt. Durch das absehbar endliche Geschäftsmodell bis 2026 war aus Bewertungssicht eine Vollabschreibung des Buchwertes auf 0 erforderlich.

Investitionen

Die Investitionen im Jahr 2023 wurden durch notwendige Erneuerungen der IT-Infrastruktur in Höhe von 2,1 Millionen Euro geprägt. Außerdem investierte die Bank 0,5 Millionen Euro in Ein- und Umbauten in das Filial- und SB-Center-Netz.

Personal- und Sozialbereich

Der Personalbestand mit 758 Beschäftigten (Vorjahr 763) blieb nahezu konstant.

Um die Entwicklung des Unternehmens auch in Zukunft positiv zu gestalten, ist eine erfolgreiche und strategische Personalarbeit ein entscheidender Faktor. Unsere Personalstrategie legt wichtige Ziele für das Personalmanagement fest, die sich über mehrere Jahre erstrecken. Sie soll zur Erreichung der strategischen Ziele beitragen. Diese Personalstrategie schafft die passenden Rahmenbedingungen, um unseren Mitarbeitern eigenverantwortliches, leistungs- und lösungsorientiertes Handeln zu ermöglichen.

Unsere Personalstrategie legt auch Wert darauf, das Potenzial und die Stärken unserer Fach- und Führungskräfte zu erkennen und weiterzuentwickeln, digitale Kompetenzen zu vermitteln, neues Lernen zu ermöglichen und die Mitarbeiter in Veränderungsprozessen zu begleiten. Wir erachten unsere Unternehmenskultur als das entscheidende Differenzierungsmerkmal im Bankenmarkt.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die Sparda-Bank München eG hat sich zusammen mit den weiteren 6 Sparda-Banken des 2019 gegründeten Joint Ventures dazu entschlossen, die Zusammenarbeit mit der Sopra Steria Gruppe im Jahr 2026 zu beenden und das gemeinsame IT-Transformationsprojekt in der Sopra Financial Technology (SFT) nicht weiter zu verfolgen.

Maßgebliche Gründe hierfür waren im Wesentlichen die Ausrichtung der Banking-Plattform, der erwartete Zeitrahmen des Projekts und die erforderlichen Investitionen, die im Vergleich zum Jahr 2019 zu heute deutlich voneinander abweichen.

Der Wechsel des Kernbanksystems zum zentralen IT-Dienstleister der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Atruvia AG bringt nicht nur den Vorteil einer einheitlichen Ausrichtung, näher am genossenschaftlichen Verbund mit sich, sondern auch eine perspektivisch gemeinschaftliche Mitgliedschaft aller elf Mitglieder der Sparda-Gruppe unter dem Dach eines gemeinsamen Software Anbieters. Daraus resultieren spürbare Synergieeffekte wie auch eine kostenstabile Versorgung mit IT-Dienstleistungen, wovon die Sparda-Bank München eG erheblich profitieren wird.

Einen weiteren wichtigen Vorgang in diesem Geschäftsjahr stellen die umfangreichen personellen Veränderungen im Vorstandsbereich dar.

Der Vorstandsvorsitz wurde zum 01.08.2023 auf Herrn Peter Berger übertragen, nachdem sich Herr Helmut Lind aus gesundheitlichen Gründen zum 31.07.2023 in den Ruhestand verabschiedete.

Die stellvertretende Vorstandsvorsitzende Frau Petra Müller hat die Bank zum 31.08.2023 aus privaten Gründen verlassen.

Mit Wirkung vom 01.09.2023 wurde Peer Teske, seit 01.01.2023 als CIO IT-Transformation für die Bank in leitender Funktion tätig, zum Generalbevollmächtigten ernannt. Er ist für den Vertrieb zuständig und wird – nach entsprechender Zustimmung der BaFin – in den Vorstand aufrücken.

Zum 01.10.2023 hat Herr Joachim Gorny das Vorstandsresort Steuerung, Produktion und IT übernommen.

Frau Silke Schneider-Wild ist am 31.10.2023 auf eigenen Wunsch aus dem Unternehmen ausgeschieden, um sich neuen Herausforderungen zu stellen.

II.4. Lage der Sparda-Bank München eG

II.4.1 Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	100.859	100.631	+	228	0,2
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Geschäftguthaben bei Genossenschaften sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen	1.247	30.283	-	29.036	95,9
Provisionsüberschuss ²⁾	33.278	34.186	-	908	2,7
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	1.620	2.925	-	1.305	44,6
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	55.766	45.070	+	10.696	23,7
b) andere Verwaltungsaufwendungen	70.748	59.204	+	11.544	19,5
Bewertungsergebnis ⁴⁾	2.482	-73.891	+	76.373	103,4
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	6.125	-12.349	+	18.474	149,6
Außerordentliches Ergebnis	-2.142	-	-	2.142	-
Steueraufwand	-207	-14.949	+	14.742	98,6
Jahresüberschuss	4.190	2.600	+	1.590	61,2

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13 - 16

Der Zinsüberschuss in Höhe von 100,9 Millionen Euro zeigt sich gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Zinswende im Geschäftsjahr 2022 hatte Auswirkungen auf das zinsabhängige Geschäft in 2023. So kam es sowohl bei den Zinserträgen (+59,5 Millionen Euro) als auch bei den Zinsaufwendungen (+59,3 Millionen Euro) zu Steigerungen.

Die Zinserträge im Kundengeschäft blieben etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Zinserträge aus den Forderungen gegenüber Kreditinstituten konnten um 55,4 Millionen Euro gesteigert werden. Grund hierfür waren kurzfristige Anlagen bei der Deutschen Bundesbank und Termingeldanlagen bei der DZ BANK AG. Bei den Zinsaufwendungen kam es zu Steigerungen bei den Zinsen für Sichteinlagen und für Termineinlagen.

Die laufenden Erträge waren im Vorjahr durch eine Ausschüttung aus Anteilen an verbundenen Unternehmen maßgeblich beeinflusst. Im Jahr 2023 haben wir keine Ausschüttungen vorgenommen.

Der Provisionsüberschuss war leicht rückläufig. In der Prognose wurde mit einem leichten Ausbau geplant.

Beim sonstigen betrieblichen Ergebnis kam es zu einem Rückgang um 1,3 Millionen Euro. Hier waren bei den sonstigen betrieblichen Erträgen die Auflösungen für Rückstellungen um ca. 1,8 Millionen Euro geringer als im Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren in 2023 um 1,7 Millionen Euro rückläufig. Die Minderung ist hauptsächlich durch die Abschreibung auf ein nachrangig gewährtes Darlehen im Vorjahr und den Rückgang bei den Aufzinsungen für Pensionsrückstellungen begründet.

Bei den Personalaufwendungen war ein starker Anstieg zu verzeichnen. Gründe hierfür waren unter anderem die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie und einer Sonderzahlung, Zulagen an Mitarbeitende in den unteren Tarifgruppen, sowie Aufwendungen aufgrund der Veränderung im Vorstand.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 11,5 Millionen Euro gestiegen. Hauptgrund hierfür waren gestiegene IT-Aufwendungen um 11,3 Millionen Euro, die im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Wechsel zum genossenschaftlichen IT Dienstleister Atruvia AG stehen.

Das Bewertungsergebnis setzt sich im Wesentlichen neben Abschreibungen und Erträgen aus dem Kreditgeschäft aus Abschreibungen und Erträgen aus dem Wertpapiergeschäft sowie Auswirkungen aus der verlustfreien Bewertung des Zinsbuchs zusammen. Insgesamt war das Kreditgeschäft im Geschäftsjahr erwartungsgemäß von einem niedrigen Wertberichtigungsbedarf geprägt. Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip und die Wertpapiere des Anlagebestands nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dies führte zu Abschreibungen in Höhe von 1,4 Millionen Euro (Vorjahr Abschreibungen 7,3 Millionen Euro) und zu Zuschreibungen in Höhe von 5,3 Millionen Euro.

Die im Vorjahr gebildete Drohverlustrückstellung gem. IDW RS BFA 3 mit 67,4 Millionen Euro konnte aufgrund wirkungsvoller Gegensteuerungsmaßnahmen und einer entsprechenden Marktzinsentwicklung wieder vollständig aufgelöst werden. In diesem Zuge wurden Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 59,0 Millionen Euro gebildet.

Im Beteiligungsbereich war eine Wertberichtigung in Höhe von 9,2 Millionen Euro an der COMECO GmbH & Co. KG erforderlich. Aufwendungen, welche im Zusammenhang mit der Migration des Kernbanksystems zur Atruvia AG in Höhe von 2,1 Millionen Euro entstanden sind, wurden im außerordentlichen Aufwand ausgewiesen.

Besonderheiten im Steueraufwand ergaben sich durch die Erhöhung der Aktivierung des latenten Steuerüberhangs um 4,3 Millionen Euro, aufgrund der Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

II.4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die Entwicklung der Finanzlage entsprach unserer in der Vorperiode berichteten Prognose.

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr 2023 erwartungsgemäß jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) jederzeit zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts im Rahmen der strategischen Planung. Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr stets nachgekommen werden. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Berichtszeitraum einen Wert von mindestens 208 Prozent aus. Zum Bilanzstichtag lag die Stresskennzahl bei 297 Prozent. Bei Bedarf stehen zudem ausreichend Refinanzierungsmöglichkeiten des genossenschaftlichen Verbundes sowie der EZB zur Verfügung.

II.4.3 Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenslage entsprach unseren Erwartungen.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	219.554	220.401	-	847	0,4
Rücklagen	273.826	273.317	+	509	0,2

Die Bank verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung, die den aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügt. Zudem besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 85.000 TEUR (Vorjahr 85.000 TEUR). Außerdem wurden Vorsorgereserven nach § 340f HGB im Geschäftsjahr gebildet.

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme beträgt 6,88 Prozent (Vorjahr 6,62 Prozent).

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,05 Prozent (Vorjahr: 0,03 Prozent).

Die Kernkapitalquote beläuft sich nach Rücklagendotierung auf 18,2 Prozent (Vorjahr: 17,2 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 20,4 Prozent (Vorjahr: 18,9 Prozent). Die aufsichtsrechtlich geforderte Kernkapital- und Gesamtkapitalquote wurden im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten. Die Eigenkapitalausstattung erlaubt ein weiteres Geschäftswachstum im Rahmen der strategischen Planung in den nächsten Jahren.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 55,6 Prozent (Vorjahr: 57,3 Prozent).

Sämtliche akuten Risiken sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt, für mögliche verbleibende latente Risiken besteht eine ausreichende Risikovorsorge.

Vom Gesamtbestand der Kundenforderungen entfallen 82,0 Prozent (Vorjahr: 80,3 Prozent) auf Realkredite, die aufgrund der dinglichen Sicherung mit einer geringeren Ausfallwahrscheinlichkeit behaftet sind.

Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Anlagevermögen	51.825	50.825	+	1.000	2,0
Liquiditätsreserve	357.122	362.845	-	5.723	1,6

Bei der Bewertung des Wertpapierbestands wurden die Marktkurse zum Jahresende zugrunde gelegt. Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, während die Bewertung der Wertpapiere im Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgte.

Es bestehen Kursreserven im Spezialfonds in Höhe von 8.062 TEUR und 19 TEUR in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere.

Strukturierte Finanzinstrumente bestehen in Form von Stufenzinsanleihen und Nachranganleihen. Diese wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Weitere wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Bei den Sachanlagen kam es im Geschäftsjahr zu außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von 4.359 TEUR für eigengenutzte Immobilien.

Bei den Rückstellungen konnte aufgrund der Entwicklung der Zinsstrukturkurve die im Vorjahr gebildete Drohverlustrückstellung gem. IDW RS BFA 3 in Höhe von 67.392 TEUR komplett aufgelöst werden.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) setzen wir Zinsderivate in einem Umfang von 2.522,0 Millionen Euro zur Absicherung gegen ungünstige Zinsveränderungen ein. Diese Geschäfte wurden vorrangig mit unserer Zentralbank getätigt und zur Absicherung eigener Geschäftspositionen als Cash Flow Hedges und im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.5 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Das Jahr 2023 war von dem wirtschaftlichen Umfeld mit zahlreichen Unwägbarkeiten und einem hohen Maß an Volatilität geprägt. Neben den Auswirkungen des Ukraine-Krieges beeinflusste die eingetretene Zinswende in 2022 das abgelaufene Geschäftsjahr. Vor diesem Hintergrund ist das Geschäftsergebnis als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Signifikanten Einfluss auf das Jahresergebnis hatte die Auflösung der Drohverlustrückstellung gem. IDW RS BFA 3. Im Wesentlichen konnte durch diesen Effekt die Bildung von Vorsorgereserven nach § 340f HGB erfolgen.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus, da die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowohl im Vorjahr als auch im Geschäftsjahr eingehalten wurden.

Die Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

III. Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand hat im Jahr 2022 gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten Führungspositionen unterhalb des Vorstands (Direktoren, Abteilungsleitung und Geschäftsstellenleitung) eine Zielgröße von 33 Prozent festgelegt. Die festgelegte Zielgröße ist maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2027 (Bezugszeitraum). Mit der aktuellen Quote (34,62 Prozent) wurde die festgelegte Zielgröße erreicht. Bei vakanten Positionen wird geprüft, ob diese mit qualifizierten Frauen besetzt werden können.

Der Aufsichtsrat hat sich ebenfalls mit den gesetzlichen Anforderungen an die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen beschäftigt. Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2022 gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Vorstands mit Frauen eine Zielgröße von 25,0 Prozent festgelegt. Für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen sieht das Gremium eine Zielgröße gemäß § 9 Abs. 4 GenG von 33,3 Prozent vor. Die festgelegten Zielgrößen sind jeweils maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2027 (Bezugszeitraum). Mit den aktuellen Quoten wurden die festgelegten Zielgrößen für den Vorstand aufgrund eines kurzfristigen Vorstandswechsels im zweiten Halbjahr 2023 unterschritten und liegen derzeit bei 0 Prozent. Die aktuelle Quote im Aufsichtsrat liegt bei 22,2 Prozent.

IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

IV.1 Risikomanagementsystem

Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte kommt dem Management und der Früherkennung von Risiken eine besondere Bedeutung zu. Mittels des Risikomanagementsystems sollen Risiken transparent und steuerbar gemacht werden. Risiken sind zu limitieren, um die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage nicht zu gefährden. Dennoch müssen Risiken eingegangen werden, um die in der Geschäftsstrategie festgelegten Ziele zu erreichen.

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen sowie den Risikoappetit der Bank. Die Risikoinventur bildet hierbei den zentralen Baustein im Rahmen der Gesamtbank- und Risikosteuerung. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken unter Berücksichtigung eventueller Intrarisiko-, Interrisiko- und Ertragskonzentrationen. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und richten entsprechende Risikosteuerungs- und -controllingprozesse ein. Zur Steuerung unserer Risiken finden Limitsysteme Anwendung. Bei der Festlegung unserer Limite orientieren wir uns an unserem Risikoappetit sowie am Risikogehalt der getätigten Geschäfte und implementierten Prozesse.

Dabei dient der interne Prozess zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit (ICAAP) dem Fortbestand unseres Hauses auf Basis der eigenen Substanz- und Ertragskraft. In unserem Risikotragfähigkeitskonzept vereinen wir hierbei die ökonomische (barwertige) und normative Perspektive. In der ökonomischen Perspektive – der Risikotragfähigkeitsrechnung – quantifizieren wir alle wesentlichen Risiken und stellen diese dem vorhandenen Risikodeckungspotenzial gegenüber. In der normativen Perspektive – der Kapitalplanung – stellen wir ausgehend von der geplanten Entwicklung gemäß der strategischen Planung unsere Kapitalausstattung dem Kapitalbedarf der folgenden Jahre gegenüber. Wir beurteilen hier über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren, ob alle regulatorischen und aufsichtlichen (Struktur-) Anforderungen erfüllt werden können.

Ergänzend zum Risikotragfähigkeitskonzept simulieren wir Stresstests als Bestandteil des ICAAP in beiden Perspektiven. Des Weiteren bilden wir die Wechselwirkungen zwischen den beiden Perspektiven sowie die Einbindung in die Steuerung (Planung, Vorsteuerung und Soll-Ist-Vergleich) ab. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls die Bedeutung der Risikoinventur deutlich, welche ein Bindeglied zwischen unserer Strategie und unseren Risikosteuerungs- und -controllingprozessen darstellt. Mit diesen Instrumenten lassen sich die Risiken in unserem Hause frühzeitig erkennen, messen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikosteuerung ableiten.

Das im Rahmen unserer barwertigen Risikotragfähigkeitsberechnung ermittelte, zur Abdeckung von wesentlichen Risiken verfügbare, maximale Risikodeckungspotenzial zum Bilanzstichtag betrug 594,0 Millionen Euro. Hiervon wurden – nach Abzug eines Managementpuffers – 564,3 Millionen Euro für die Limitierung wesentlicher Risiken zur Verfügung gestellt. Die per Jahresultimo gewährten Limite für wesentliche Risiken betragen 484,0 Millionen Euro. Auf unsere wesentlichen Risikoarten, welche den Risikoklassen Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken, Operationelle Risiken und Sonstige Risiken zuzurechnen sind, entfallen insgesamt 373,5 Millionen Euro. Das Limit war somit zu 77,2 Prozent ausgelastet. Im Berichtsjahr wurden die bestehenden Gesamtlimite stets eingehalten.

Vorstand und Aufsichtsrat wurden im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. mittels Ad-hoc-Berichterstattungen umfassend informiert. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die institutseigene Interne Revision geprüft.

IV.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Marktpreisrisiken umfassen die Gefahr der Abweichung des Werts einer zins-, aktien-, währungs-, edelmetall- und/oder rohstoffpreisrisikotragenden Position von ihrem Erwartungs- bzw. Planwert aufgrund der Schwankung der entsprechenden Marktparameter.

Bedingt durch die Geschäftsstruktur ist das Zinsänderungsrisiko wesentlicher Bestandteil des Marktpreisrisikos für die Sparda-Bank München eG und ergibt sich insbesondere aus Inkongruenzen bezüglich der Zinsbindung bzw. aufgrund unterschiedlicher Zinselastizitäten bei Aktiv- und Passivpositionen. Das Zinsänderungsrisiko wird im definierten Limitsystem dem entsprechenden Teillimit gegenübergestellt. Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung setzen wir zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos Zinsswaps und Caps ein. Zinsänderungsrisiken für die Bank entstehen insbesondere bei einem rapiden Anstieg der Zinsstrukturkurve.

Sonstige Marktpreisrisiken

Daneben bestehen Marktpreisrisiken aus Aktien, während Währungsrisiken für die Sparda-Bank München eG eine untergeordnete Rolle spielen.

IV.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Adressenausfallrisiken bezeichnen die Gefahr einer möglichen negativen Abweichung vom Erwartungs- bzw. Planwert einer Position, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall und/oder durch eine Spreadveränderung einer Adresse verursacht werden.

Der Schwerpunkt unseres Kreditgeschäfts liegt satzungsbedingt im Privatkundengeschäft, sodass Kreditrisiken im Kundengeschäft aus diesem Geschäftsfeld resultieren. Dabei sind große Teile des Kundenkreditvolumens grundpfandrechtlich gesichert und breit gestreut. Beim überwiegenden Anteil der beliehenen Objekte handelt es sich um eigengenutzte Wohnimmobilien, sodass größere nachteilige Auswirkungen auf die Risikolage unserer Bank weitestgehend ausgeschlossen werden können. Die Früherkennung von Kreditrisiken ist zudem ein wesentlicher und integraler Bestandteil des Kreditgeschäfts und des Kreditrisikomanagements. Die Ziele sind eine rechtzeitige Risikoantizipation und die Möglichkeit, geeignete Maßnahmen gegen drohende Verluste einzuleiten. Für das Privatkundengeschäft werden quantitative und qualitative Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken genutzt. Kreditrisiken aus dem Kundengeschäft werden dem entsprechenden Teillimit gegenübergestellt.

Eigenanlagen

Kreditrisiken im Eigenhandel messen und überwachen wir losgelöst von den Kreditrisiken im Kundengeschäft. Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Berichten und Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück. Kreditrisiken im Eigenhandel begegnen wir zudem dadurch, dass wir überwiegend Eigenanlagen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe halten und in der Direktanlage keine Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erwerben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur mit schlechter als „Investment Grade“ beurteilt wurde. Das Ausfallrisiko begrenzen wir zudem durch ein System interner Strukturlimite, die eine hinreichende Streuung unserer Eigenanlagen gewährleisten.

IV.4 Liquiditätsrisiken

Unter den Liquiditätsrisiken wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparda-Bank München eG ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann bzw. höhere Kosten für die Liquidität aufwenden muss.

Das Liquiditätsrisiko steuern wir durch die Strukturierung der Aktiva und Passiva sowie durch eine, gemessen an den aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen, ausreichende Liquiditätsvorsorge, so dass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken ergeben. Die Sparda-Bank München eG ist in den Liquiditätsverbund der Genossenschaftlichen FinanzGruppe eingebunden, was die Liquiditätsversorgung gewährleistet. Auch im Rahmen der marktweiten Stress- und Krisensituationen war die Sicherstellung der Liquidität über die Genossenschaftliche FinanzGruppe sowie durch Refinanzierungen bei der EZB in der Vergangenheit jederzeit möglich.

IV.5 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind definiert als Gefahr von Verlusten (im Sinne einer negativen Abweichung vom Erwartungs- bzw. Planwert), die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Das wichtigste Ziel des Operationellen Risikomanagements ist es, über eine systematische Risikoidentifikation, Steuerung und Bewertung zu einer Minderung und Vermeidung von Schäden zu kommen. Dabei soll ein kontinuierlicher Prozess in Gang gesetzt werden, der zu höherer Effizienz und

Planbarkeit führt und schnell auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren kann. Wesentliche identifizierte operationelle Schäden werden zudem in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Den Operationellen Risiken begegnen wir hierbei mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Organisationsanweisungen und der Arbeitsabläufe, interne Kontrollverfahren, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, ein Rechtsmonitoring, laufende Investitionen in neue und aktualisierte Datenverarbeitungssysteme über den von uns beauftragten IT-Provider, Backup-Einrichtungen, Verwendung rechtlich geprüfter Formulare und Verträge, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision und Begrenzung durch Versicherungen (z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken).

IV.6 Weitere Risiken

Neben den vier bereits aufsichtsrechtlich als wesentlich eingestuften Risikoarten können weitere Risikoarten wesentlich sein, welche wir unter den Sonstigen Risiken subsumieren. Gemäß der Risikoinventur des Jahres 2023 erachten wir das Immobilienrisiko als wesentlich.

Das Immobilienrisiko resultiert aus dem Bestand an eigenen Immobilien sowie aus Investitionen in Immobilien (auch in Form von Fonds). Risiken in Form von negativen Abweichungen vom Marktwert resultieren sowohl aus Preisentwicklungen der Immobilien, welche schlechter sind als erwartet, als auch aus Mietausfällen. Weitere wesentliche Risiken bestehen für uns derzeit nicht.

IV.7 Gesamtbild der Risikolage

Die dargestellten Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung unsere künftige Entwicklung nicht wesentlich beeinträchtigen. Zur Steuerung und Überwachung von Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage haben können, verfügen wir aus unserer Sicht über wirksame Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Dies gilt auch unter der Berücksichtigung der Ergebnisse aus Stresstests, die wir entsprechend den Anforderungen der MaRisk für die einzelnen Risikoarten, aber auch risikartenübergreifend durchführen.

Zusammenfassend ist die Risikolage nach dem Planungsstand zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses als günstig einzustufen. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Der Lagebericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen sowie Erwartungen und Prognosen. Diese basieren auf den uns zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vorliegenden Informationen, die wir nach sorgfältiger Prüfung als zuverlässig erachtet haben. Eine Verpflichtung zur Aktualisierung aufgrund neuer Informationen und künftiger Ereignisse nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen wir nicht. Aus diesen zukunftsgerichteten Aussagen, Erwartungen und Prognosen haben wir unsere Einschätzungen und Schlussfolgerungen abgeleitet. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass alle unsere auf die Zukunft bezogenen Aussagen mit bekannten oder unbekanntem Risiken und Unwägbarkeiten verbunden sind und auf Schlussfolgerungen basieren, die künftige Ereignisse betreffen. Diese hängen von Risiken, Ungewissheiten und anderen Faktoren ab, die außerhalb unseres Einflussbereichs liegen. Derartige Entwicklungen können sich unter anderem aus der Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der Wettbewerbssituation, der Entwicklung an den Kapitalmärkten, Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie aus anderen Risiken ergeben. Damit können tatsächlich in der Zukunft eintretende Ereignisse gegebenenfalls erheblich von unseren in die Zukunft gerichteten Aussagen, Erwartungen, Prognosen und Schlussfolgerungen abweichen.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes wird nach den Einschätzungen der Bundesregierung bei ca. 0,2 Prozent liegen. Wachstumsimpulse dürften vor allem vom privaten Verbrauch ausgehen. Die inflationsbedingten Kaufkraftverluste der privaten Haushalte werden schrittweise überwunden und führen in Verbindung mit einer insgesamt robusten Beschäftigungssituation zu einer Belebung des privaten Konsums. Die Ausrüstungsinvestitionen in Maschinen und Anlagen dürften auch vor dem Hintergrund des hohen Investitionsbedarfs im Zuge der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft trotz relativ hoher Nominalzinsen weiter zulegen, wohingegen die Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt weiter zurückgehen dürften.

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der bayerischen Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen auch im kommenden Geschäftsjahr von den Auswirkungen der im Jahr 2022 eingetretenen Zinswende, dem verstärkten Wettbewerb, einer anziehenden Nachfrage nach Immobilien, sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen, steigendem Margendruck, den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Trend der Digitalisierung geprägt sein.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf und voraussichtliche Lage

Das Geschäftsjahr 2024 wird stark von den Vorbereitungen für den Wechsel des Kernbankensystems am 08.03.2025 zur Atruvia AG gekennzeichnet. Das hierfür aufgesetzte Projekt bindet umfangreiche Kapazitäten und erfordert die Einbindung unserer besten Experten in den jeweiligen Aufgabebereichen.

In unserer Strategischen Planung haben wir diesen Effekt eingepreist und gehen daher von keinem Wachstumsimpuls in 2024 aus. Angesichts der weiterhin bestehenden gesamtwirtschaftlichen Unsicherheiten sowie bedingt durch die sich langsam erholende Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen gehen wir für das Geschäftsjahr 2024 von einem um ca. 1,7 Prozent netto rückläufigen Kundenkreditgeschäft aus. Beim Einlagengeschäft erwarten wir eine Seitwärtsbewegung.

Auf Basis der für den Eigenanlagenbereich definierten Ziel-Allokation werden wir – ausgehend von dem erwarteten Einlagenüberhang – im Jahr 2024 die Positionen in risikoarmen, zinstragenden Anlagen sowie nicht zinstragenden Anlagen weiter ausbauen.

Aufgrund des in der Forwardkurve eingepreisten moderaten Zinsrückgangs rechnen wir (ohne Berücksichtigung von Sondereffekten) im Jahr 2024 mit einem etwa gleichbleibenden Zinsergebnis.

Zudem erwarten wir einen leichten Ausbau des Provisionsergebnisses. Insbesondere sollen die erwarteten steigenden Absätze im Investmentgeschäft zu höheren Provisionseinnahmen führen.

Im betrachteten Geschäftsjahr wird im Vergleich zum Jahr 2023 mit leicht steigenden Personalaufwendungen gerechnet, welche insbesondere auf die tarifliche Erhöhung zurückzuführen sind.

Bei den Verwaltungsaufwendungen rechnen wir infolge der Inflation und des IT-Migrationsaufwands mit deutlich höheren Belastungen.

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft wird neben der weiteren konjunkturellen Entwicklung auch erheblich durch die regionale Wirtschaftsentwicklung beeinflusst. Wir gehen bei der Einzelrisikoversorge für das Kreditgeschäft von einem anhaltend niedrigen Niveau aus.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist aufgrund einer planvollen Liquiditätsvorsorge und ausreichend zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten bei der genossenschaftlichen Zentralbank, der DZ BANK AG, sowie der Deutschen Bundesbank auch im nächsten Geschäftsjahr nicht zu rechnen.

Eine auskömmliche Eigenkapitalausstattung ist die Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und eine erfolgreiche Geschäftsausweitung. Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unserer Eigenmittel. Wir gehen davon aus, dass die aufsichtsrechtlich geforderte Kernkapital- und Gesamtkapitalquote unter Berücksichtigung von Kapitalpuffern eingehalten werden und somit die Voraussetzung für weiteres Kreditwachstum auch über das Jahr 2024 hinaus gegeben sein wird.

Erwartete Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und Annahmen erwarten wir für das nächste Geschäftsjahr die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren (vgl. Definition Abschnitt II.2):

Bei der ROA rechnen wir mit 0,23 Prozent mit einem konstanten Niveau.

Die LCR sinkt stark auf 143,4 Prozent.

Der Basel-II Zinskoeffizient steigt leicht an auf 17,9 Prozent.

Die Gesamtkapitalquote soll gering auf 19,7 Prozent zurückgehen.

Gesamtaussage

Insgesamt erwarten wir eine zufriedenstellende, den Begleitumständen Rechnung tragende Entwicklung des Geschäftsverlaufs und der Lage unseres Instituts, in welcher die jederzeitige Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität gewährleistet werden.

Risiken

Wesentliche Risiken bei der Ertragslage bestehen im kommenden Jahr bei einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen könnte. Daneben könnten sich der Ukraine-Krieg und der Nahostkonflikt auf die Weltmärkte negativ auswirken und weitere Folgen auf das Bewertungsergebnis haben. Weitere signifikante Verschärfungen in der Bankenregulierung oder beim Verbraucherschutz können zudem kurzfristig zu deutlichen Mehraufwendungen führen, sind aber derzeit nicht erkennbar.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den voraussichtlichen Geschäftsverlauf bestehen im nächsten Geschäftsjahr durch die Weiterentwicklung der Zielausrichtung der Bank mit dem Fokus auf die wirtschaftlich starke Region in Oberbayern. Durch eine ausgeprägte Kundenfokussierung ist es unser Ziel, den Kundenservice und die Kundenzufriedenheit weiter zu steigern, hierfür in die Qualifikation der Mitarbeiter zu investieren und somit unsere Wettbewerbssituation nachhaltig zu stärken.

VI. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Sparda-Bank München eG
Der Vorstand

Peter Berger

Joachim Gorny

Bericht des Aufsichtsrats





Foto: iStock, shapecharge

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Mitglieder der Sparda-Bank München,

der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Über das Ergebnis der Prüfung nach § 53 GenG haben Vorstand und Aufsichtsrat in gemeinsamer Sitzung beraten. Weiter hat der Aufsichtsrat den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB geprüft.

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres hat der Aufsichtsrat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Geschäftsführung der Sparda-Bank München eG regelmäßig überwacht.

Inhalte der Aufsichtsratsstätigkeit 2023

In den regelmäßigen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse berichtete der Vorstand über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank, das Risiko- und Liquiditätsmanagement sowie über wichtige Entscheidungen und besondere Ereignisse. Abweichungen der Geschäftsentwicklung von den Plänen wurden uns detailliert erläutert. Darüber hinaus wurden wir ausführlich über die Kapitalmarktsituation und aktuelle Einflüsse im europäischen Zins- und Währungsraum informiert. Die vom Vorstand unterbreiteten Beschlussvorschläge wurden vom Aufsichtsrat intensiv beraten und sorgfältig geprüft. Der Aufsichtsrat nahm hierbei seine Überwachungsfunktion wahr und stand dem Vorstand in einem konstruktiven Dialog beratend zur Seite.

Als Aufsichtsratsvorsitzender stand ich darüber hinaus mit dem Vorstand und insbesondere dem Vorstandsvorsitzenden in regelmäßigem Informations- und Gedankenaustausch; dieser informierte mich über die aktuelle Entwicklung der Geschäfte und die wesentlichen Geschäftsvorfälle. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich über wesentliche Entwicklungen, auch zwischen den Sitzungen.

In gesonderten Strategiesitzungen haben wir zudem die strategische Ausrichtung, die Perspektiven und die künftige Ausrichtung einzelner Geschäftsfelder mit dem Vorstand besprochen. Des Weiteren haben wir unter Einbindung der Geschäftsleitung bei den jeweiligen Beauftragten für Compliance, Geldwäsche und Risikocontrolling sowie der Leitung der Internen Revision im Rahmen der Ausschusssitzungen bzw. bei Jour-fixe-Terminen entsprechende Auskünfte eingeholt.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die

- » Geschäfts- und Risikostrategie sowie die strategischen Planungen
- » Finanz- und Risikosituation
- » IT-Strategie: Wechsel des IT-Providers
- » Prüfungs- und Jahresberichte
- » Vergütungssysteme
- » Tochterunternehmen und Beteiligungen

Der Aufsichtsrat verschaffte sich im Rahmen seiner Tätigkeit einen aktuellen Eindruck von der Entwicklung aller Kernbereiche der Bank und kann daher eine gute Entwicklung und die nachhaltige Zukunftsfähigkeit der Sparda-Bank München eG bestätigen.

Der Aufsichtsrat hat von seinem Recht auf Berichterstattung durch den Vorstand und auf bestehende anderweitige Auskunfts- und Informationsrechte nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch gemacht. Regelmäßig wurde der Aufsichtsrat über die Einhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute informiert. Die Risikoberichte enthielten keine Auffälligkeiten; die eingeräumten Risikobudgets wurden eingehalten.

Im Geschäftsjahr 2023 fanden acht reguläre Aufsichtsratssitzungen (inkl. einer Klausursitzung) sowie fünf außerordentliche Sitzungen gemeinsam mit dem Vorstand statt, zusätzlich zwölf Aufsichtsratssitzungen ohne Vorstand (inkl. einer Klausursitzung ohne Vorstand). Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben an mehr als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Die jährliche Prüfung des Aufsichtsrats zur individuellen und kollektiven Eignung haben wir im Jahr 2023 mit positivem Ergebnis durchgeführt. Der Aufsichtsrat hat sich Verhaltensstandards für eine verantwortungsvolle Aufsichtsratsstätigkeit gegeben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben sich mit der Teilnahme an Seminaren und Weiterbildungsveranstaltungen umfassend fachlich fortgebildet, um den steigenden Anforderungen und laufenden Aufgabenveränderungen gerecht zu werden.

Gemäß KWG hat der Aufsichtsrat eine Genderstrategie zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat entwickelt und entsprechende Ziele festgelegt. Der Aufsichtsrat besteht aktuell aus neun Mitgliedern, davon zwei Frauen.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personal- und Hauptausschuss, einen IT-Ausschuss, einen Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung und einen Gemeinwohl-Ausschuss eingerichtet.

Auch im Geschäftsjahr 2023 unterstützten die Ausschüsse den Aufsichtsrat intensiv und nahmen ihre Entscheidungsbefugnisse gemäß Geschäftsordnung wahr, soweit dies gesetzlich zulässig oder anderenfalls konkret gefordert ist. Über den Inhalt und die Beschlusslagen aus den Sitzungen der Ausschüsse wurde der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen durch die jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig informiert.

Der Personal- und Hauptausschuss des Aufsichtsrats hat im Berichtsjahr insgesamt sechs Sitzungen abgehalten. Themen waren unter anderem personelle Vorstandsangelegenheiten sowie die personellen Veränderungen im Vorstand, Mandatstätigkeiten der Vorstände in anderen Unternehmen, das Vergütungssystem für den Vorstand sowie die Auswertung der durchgeführten Prüfung des Aufsichtsrats und Vorstands zur individuellen und kollektiven Eignung.

Der Prüfungsausschuss widmete sich in fünf Sitzungen den Berichten der Internen Revision, von Compliance und des betrieblichen Datenschutzbeauftragten, der Prüfungsplanung, den Ergebnissen und dem Bearbeitungsstand der Feststellungen aus externen Prüfungen sowie der Jahresabschlussprüfung.

Der Kreditausschuss tagte im Berichtsjahr in insgesamt vier Sitzungen und hat sich mit diversen fachlichen Kreditthemen beschäftigt sowie die ihm vorgetragenen Kreditanträge teilweise intensiv diskutiert und abschließende Genehmigungen erteilt.

Der Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung widmete sich in vier Sitzungen ausführlich den quartalsweisen Risikoberichten, der Risikotragfähigkeit und der Risikoauslastung und allgemein dem Risikomanagementsystem der Bank. Des Weiteren wurden die Ertragsprognose, die strategische Planung, die Zinsnettoreserven, Veränderungen im Kunden- und Eigenanlagengeschäft, der Sanierungsplan des institutsbezogenen Sicherungssystems sowie Anpassungen in der Risikostrategie erörtert.

Der IT-Ausschuss widmete sich in zwei Sitzungen den Auswirkungen der IT-Transformation und dem Wechsel des IT-Providers sowie weiteren IT-Themen.

Der Gemeinwohl-Ausschuss tagte in zwei Sitzungen und befasste sich mit Themen im Zusammenhang mit der gemeinwohlorientierten Ausrichtung der Sparda-Bank München eG.

Weitere Dialoge und Beratungen zur Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats

Darüber hinaus fanden Austauschtermine des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters mit dem Compliance- und Geldwäschebeauftragten sowie der Leitung der Internen Revision statt. Ergänzend zum Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung fand ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Ausschussleiter, der Steuerungsvorständin sowie der Risikocontrolling-Funktion zur Entwicklung der Zinsnettoreserven und der Ertragsprognose statt. Zusätzlich tauschte sich der Aufsichtsrat regelmäßig über aktuelle Themen der Sparda-Bank München aus.

Jahresabschluss

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss 2023, der Lagebericht, die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung wurden vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft, als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Hierüber wird in der ordentlichen Vertreterversammlung berichtet.

Dies umfasst auch die für unseren Abschlussprüfer besonders wichtigen Prüfungssachverhalte „Aktive latente Steuern“, „Verlustfreie Bewertung im Bankbuch“, „Bewertung von Kundenforderungen“.

Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben sich umfangreich mit der ordnungsgemäßen Rechnungslegung befasst. Es fand ein ausführliches Eröffnungsgespräch zwischen Prüfungsleiter, dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses statt. Die Prüfungsschwerpunkte des Abschlussprüfers wurden dabei erörtert. Der Aufsichtsrat hat sich von der Unabhängigkeit und von der Einhaltung des Verbots unzulässiger Nichtprüfungsleistungen durch den Abschlussprüfer überzeugt. Es bestehen angemessene Prozesse und Maßnahmen zur Qualitätssicherung und es erfolgt regelmäßig eine externe Qualitätskontrolle (Peer Review).

Der Abschlussprüfer hat in einer gemeinsamen Schlussitzung von Vorstand und Aufsichtsrat am 21. Mai 2024 über die wesentlichen Prüfungsergebnisse berichtet (§ 57 Abs. 4 GenG). Der Prüfer stand für Auskünfte zur Verfügung.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat den Prüfungsbericht rechtzeitig erhalten und zur Kenntnis genommen (§ 58 Abs. 3 GenG). Der fachlich dafür zuständige Prüfungsausschuss hat sich mit dem Prüfungsbericht kritisch auseinandergesetzt und über die Prüfungsergebnisse unter Einbeziehung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte umfassend beraten (§ 58 Abs. 4 GenG).

Der Prüfungsausschuss hat dem Aufsichtsrat empfohlen, dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zuzustimmen. Nach seiner Beurteilung sind keine Einwendungen gegen den Vorschlag des Vorstandes zu erheben, den Jahresabschluss sowie den Lagebericht und den nichtfinanziellen Bericht zu billigen und sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Jahresergebnisses anzuschließen.

Der Aufsichtsrat hat nach umfassender Beratung keine Einwände gegen das Prüfungsergebnis erhoben. Er hat den aufgestellten Jahresabschluss nebst Lagebericht der Bank sowie den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB für das Berichtsjahr geprüft und gebilligt. Das zusammengefasste Prüfungsergebnis wird der Vertreterversammlung bekannt gegeben.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die vorgeschlagene Verwendung des Jahresergebnisses zu beschließen.

Verhaltenskodex der Sparda-Bank München eG

Die Sparda-Bank München eG hat bereits bei ihrer Gründung am 10. Oktober 1930 durch die Rechtsform der Genossenschaft eine klare Position zum nachhaltigen Wirtschaften eingenommen. Für alle Mitarbeitenden der Sparda-Bank München eG ist faires und ehrliches Wirtschaften heute und in Zukunft eine ethische Maxime und echte Herzensangelegenheit.

Die Sparda-Bank München eG will ein positives Beispiel für eine am Gemeinwohl orientierte Art des Wirtschaftens sein und ist die erste Bank in Deutschland, die regelmäßig eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt und veröffentlicht.

Vorstand und Aufsichtsrat der Sparda-Bank München eG haben sich daher zur Einhaltung eines gemeinsamen Verhaltenskodex verpflichtet, der unser Handeln in dieser Weise bestimmt.

Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat hat in seiner konstituierenden Sitzung am 29.06.2023 Berthold Ottmann als Vorsitzenden sowie Kurt Dobrauer als stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden bestätigt.

In diesem Jahr scheidet turnusgemäß Bettina Hinterseer und Kurt Dobrauer aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl von ausscheidenden Mitgliedern ist gemäß § 24 Abs. 3 der Satzung zulässig.

Zum 31.07.2023 ist Helmut Lind nach 22-jähriger Zugehörigkeit im Vorstand auf eigenen Wunsch aus gesundheitlichen Gründen aus dem Vorstand ausgeschieden. Neben seiner Verantwortung für das Ressort „Öffentlichkeitsarbeit, Strategie und Personal“ hat Herr Lind in den 17 Jahren als Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München eG eng mit dem Aufsichtsrat zusammengearbeitet und auch die Vertreterversammlung verantwortlich begleitet. Der Aufsichtsrat bedankt sich bei Herrn Lind für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit als Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München eG.

Peter Berger wurde mit Wirkung vom 01.08.2023 zum neuen Vorstandsvorsitzenden ernannt.

Zum 31.08.2023 ist die stellvertretende Vorstandsvorsitzende und Vertriebsvorständin Petra Müller nach fast 10-jähriger Zugehörigkeit im Vorstand aus privaten Gründen aus dem Vorstand ausgeschieden.

Mit Wirkung vom 31.10.2023 ist Frau Silke Schneider-Wild nach fast vierjähriger Zugehörigkeit im Vorstand auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand ausgeschieden, um sich neuen Aufgaben zuwenden zu können. Frau Schneider-Wild verantwortete das Ressort „Steuerung, Compliance und Organisation“.

Der Aufsichtsrat dankt Frau Müller und Frau Schneider-Wild für ihre Tätigkeit und ihren Einsatz im Vorstand der Sparda-Bank München eG.

Mit Wirkung vom 01.09.2023 wurde Peer Teske, seit 1. Januar 2023 als CIO IT-Transformation für die Bank in leitender Funktion tätig, zum Generalbevollmächtigten ernannt. Er ist für den Vertrieb zuständig und wird – nach entsprechender Zustimmung der BaFin – in den Vorstand aufrücken. Die Projektverantwortung für die IT-Transformation wurde neu geregelt.

Mit Wirkung vom 01. Oktober 2023 wurde Joachim Gorny als neuer Vorstand der Sparda-Bank München eG bestellt und hat die Verantwortung für die Bereiche Steuerung, Produktion und IT übernommen.

Der Aufsichtsrat unterstützt aktiv die Positionierung zum Gemeinwohl und damit die Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung und der Unternehmenskultur der Sparda-Bank München eG auf allen Ebenen. Dies ist eine wertvolle Basis für die Herausforderungen der Zukunft. Durch ihr konsequentes Voranschreiten hierbei wird die Bank ihre Zukunftsfähigkeit sichern.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank, den Arbeitnehmervertretungen, den Tochterunternehmen und dem gesamten Vorstand für ihre erfolgreiche Arbeit und ihr vorbildliches Engagement.

Eine besondere Danksagung gebührt den Vertretern und Mitgliedern, Kunden und Geschäftspartnern für das der Bank entgegengebrachte Vertrauen und ihre Treue.

Der Aufsichtsrat
München, im Juni 2024

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Berthold Ottmann

1. Jahresbilanz zum 31.12.2023

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			37.703.121,70		38.656
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank	80.888.189,90		80.888.189,90		92.755 (92.755)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	118.591.311,60	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–		–		– (–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			1.272.257.142,13		1.250.103
b) andere Forderungen			2.120.796.201,63	3.393.053.343,76	2.072.484
4. Forderungen an Kunden darunter: durch Grundpfandrechte gesichert Kommunalkredite	4.191.927.161,42 –			5.111.346.045,60	5.405.794 (4.338.531) (281)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–	–			– (–)
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–	–	–		– (–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.400.885,00	2.400.885,00			2.406 (2.406)
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	84.292.058,92	136.546.419,29	138.947.304,29		146.263 (94.811)
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag	–		–	138.947.304,29	– (–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				269.999.911,72	265.002
6a. Handelsbestand				–	–

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			38.783.211,88		47.997
darunter: an Kreditinstituten	—				(—)
an Finanzdienstleistungsinstituten	—				(—)
an Wertpapierinstituten	—				(—)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	2.280.092,00		2.286.352,00	41.069.563,88	2.286
darunter: bei Kreditgenossenschaften	—				(2.280)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	—				(—)
bei Wertpapierinstituten	—				(—)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				24.646.382,64	24.741
darunter: an Kreditinstituten	—				(—)
an Finanzdienstleistungsinstituten	—				(—)
an Wertpapierinstituten	—				(—)
9. Treuhandvermögen				—	—
darunter: Treuhandkredite	—				(—)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				—	—
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			—		—
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			592.898,00		888
c) Geschäfts- oder Firmenwert			—		—
d) Geleistete Anzahlungen			—	592.898,00	—
12. Sachanlagen				28.645.297,76	32.126
13. Sonstige Vermögensgegenstände				26.023.096,01	24.793
14. Rechnungsabgrenzungsposten				14.201.866,85	8.726
15. Aktive latente Steuern				25.476.842,00	21.144
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				—	—
Summe der Aktiva				9.192.593.864,11	9.436.164

1. Jahresbilanz zum 31.12.2023

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			14.600.000,00		70.980
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			183.548.158,01	198.148.158,01	209.825
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		912.034.770,92			1.484.956
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		2.520,91	912.037.291,83		3
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		5.944.918.634,02			6.561.905
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.416.449.955,83	7.361.368.589,85	8.273.405.881,68	338.440
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			–		–
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten darunter: Geldmarktpapiere eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	–		–	–	(–)
	–				(–)
3a. Handelsbestand				–	–
4. Treuhandverbindlichkeiten darunter: Treuhandkredite	–			–	(–)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				9.093.900,25	6.058
6. Rechnungsabgrenzungsposten				68.722,15	151
6a. Passive latente Steuern				–	–
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			41.635.069,05		40.835
b) Steuerrückstellungen			193.000,00		86
c) andere Rückstellungen			18.832.294,45	60.660.363,50	85.438
8.				–	–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				68.646.532,69	56.170
10. Genusrechtskapital darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–			–	–1
					(–)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken darunter Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	–			85.000.000,00	85.000
					(–)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			219.554.348,00		220.401
b) Kapitalrücklage			–		–
c) Ergebnismrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		69.572.388,05			69.307
cb) andere Ergebnismrücklagen		204.253.447,11			204.010
cc)		–	273.825.835,16		–
d) Bilanzgewinn			4.190.122,67	497.570.305,83	2.600
Summe der Passiva				9.192.593.864,11	9.436.164

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.535.640,55		1.665
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	1.535.640,55	–
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	–		223.634.368,45	223.634.368,45	289.996 (–)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2023

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		175.381.219,84			118.335
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		3.419.555,62	178.800.775,46		951
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	–				(101)
2. Zinsaufwendungen				100.858.924,16	–18.655
darunter: erhaltene negative Zinsen	34.846,93		–77.941.851,30		(2.961)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			–		–
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			1.246.841,73		1.283
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			–	1.246.841,73	29.000
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				–	–
5. Provisionserträge			40.816.235,16		41.584
6. Provisionsaufwendungen			–7.538.644,45	33.277.590,71	–7.399
7. Nettoertrag des Handelsbestands				–	–
8. Sonstige betriebliche Erträge				4.115.244,09	7.146
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		84.543,01			(–)
9.				–	–
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		–46.640.525,86			–37.509
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	–1.952.438,66	–9.125.498,07	–55.766.023,93		–7.562 (–931)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			–70.748.351,61	–126.514.375,54	–59.204
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				–6.845.977,15	–2.207
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				–2.495.422,38	–4.221
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		–488.441,41			(–1.292)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				–	–65.716

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			11.721.372,57	11.721.372,57	—
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-9.239.572,68		-8.175
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			—	-9.239.572,68	—
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				—	—
18.				—	—
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				6.124.625,51	-12.349
20. Außerordentliche Erträge			—		—
21. Außerordentliche Aufwendungen			-2.142.000,00		—
22. Außerordentliches Ergebnis				-2.142.000,00	(—)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			270.605,39		15.010
darunter: Ertrag aus latenten Steuern		4.332.411,00			(21.144)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-63.108,23	207.497,16	-61
24a.				—	—
25. Jahresüberschuss				4.190.122,67	2.600
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				—	—
				4.190.122,67	2.600
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			—		—
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			—	—	—
				4.190.122,67	2.600
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			—		—
b) in andere Ergebnisrücklagen			—	—	—
				4.190.122,67	2.600
28a.				—	—
29. Bilanzgewinn				4.190.122,67	2.600

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank München eG, München, ist beim Amtsgericht München unter der Genossenschaftsregister-Nummer 1304 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst wurde.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigem Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird über die Laufzeit aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 gebildet. Dies betrifft alle nicht akut ausfallgefährdeten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie die nach §§ 26, 27 RechKredV unter der Bilanz auszuweisenden Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen (einschließlich widerruflicher und unwiderruflicher Kreditzusagen). Die ermittelten Teilbeträge für die Pauschalwertberichtigung werden von den Aktivposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Teilbeträge für das außerbilanzielle Geschäft werden unter den anderen Rückstellungen passiviert und entsprechend den unwiderruflichen Kreditzusagen abgesetzt. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgt auf Grundlage des im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien (Bewertungsvereinfachungsverfahren). Der erwartete Verlust wird unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt ermittelt.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gebildet.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Die als strukturierte Produkte bezeichneten Vermögensgegenstände werden, soweit sie lediglich ein Zinsänderungs- und Emittentenrisiko enthalten, als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert und bewertet.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert und bewertet.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Software wurde unter der Bilanzposition immaterielle Anlagewerte ausgewiesen.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Aufwendungen für Cap- und Swaptionprämien und Agien für Schuldscheindarlehen enthalten, die planmäßig über die Laufzeit aufgelöst werden. Ferner sind hier Abgrenzungen für Sachaufwendungen enthalten.

Latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden sowie Beteiligungen, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, Sachanlagen, Sonstigen Vermögensgegenstände, Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen gegenüberstehen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB angesetzt wurde.

Der Berechnung der Latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 32,1 % zugrunde gelegt.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger und anteiliger Zinsen.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge enthalten, die bei Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig auf die Laufzeit der Forderungen verteilt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung sowie Zuschlägen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Pensions- und Jubiläumsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Die Rückstellungen aus Altersteilzeitvereinbarungen wurden in Höhe des versicherungsmathematischen Barwerts bemessen.

Als Lohn- und Gehaltstrend für die Pensionsrückstellungen wurden, sofern relevant, 2,5 Prozent angenommen. Zukünftige Rentenanpassungen werden allgemein in Höhe von 2,0 Prozent bzw. mit der vertraglich garantierten Anpassung von 1,0 Prozent in die Bewertung einbezogen. Für 2024 wurden die Renten abweichend mit 6,0 Prozent bewertet. Als Lohn- und Gehaltstrend für Altersteilzeitrückstellungen wurden, soweit relevant, 2,0 Prozent angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 1,83 Prozent (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per September 2023 prognostizierten Zinssatzes der Deutschen Bundesbank). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 520.335 EUR.

Zur Umsetzung der Vorgaben des IDW Rechnungslegungshinweises IDW RH FAB 1.021 zur handelsrechtlichen Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus rückgedeckten Direktzusagen wurde die im entsprechenden Ergebnisbericht des Fachausschusses Altersversorgung der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. dargestellte Vorgehensweise berücksichtigt.

Soweit hinsichtlich der finanzierten Versicherungsleistungen und der erdienten Versorgungsleistungen zum Stichtag Leistungskongruenz besteht, wurde bei der Bewertung der Zusagen der Verpflichtungswert in Höhe des Buchwerts des korrespondierenden Rückdeckungsversicherungsanspruchs angesetzt („Aktivprimat“). Für die Ermittlung des anzusetzenden Aktivwertes wurden die Ansprüche aus den Rückdeckungsversicherungen mittels des im genannten DAV-Ergebnis dargestellten Deckungskapitalverfahrens bewertet. Es handelt sich dabei um ein faktorbasiertes Bewertungsverfahren, welches gemäß Ergebnisbericht dem im IDW-Hinweis geforderten zahlungsstrombasierten Bewertungsverfahren gleichgestellt werden kann. Die dafür notwendigen Parameter wurden vom Rückdeckungsversicherer zur Verfügung gestellt.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 2.271.139 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 2.073.165 EUR.

Dies entspricht dem beizulegenden Zeitwert der zu verrechnenden Verbindlichkeiten.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit den aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträgen (Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 14.470 EUR verrechnet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n. F.) verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2023 war eine vorhandene Rückstellung vollständig aufzulösen. Wir verweisen hierzu auch auf Abschnitt D.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme ausläuft.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2023 in Höhe von 223.634 TEUR betreffen im Wesentlichen Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Im Falle der Passivierung einer Rückstellung für noch nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen wird der jeweilige Posten unter dem Bilanzstrich in Höhe des zurückgestellten Betrags gekürzt.

Die unwiderruflichen und widerruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Bei erworbenen Swaptions wird die gezahlte Prämie grundsätzlich bis zur Fälligkeit gehalten und erst am Ende der Laufzeit ergebniswirksam gebucht. Bei Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurde die gezahlte Prämie über die Laufzeit verteilt, sofern diese der Absicherung von Zinsänderungsrisiken dienen.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	3.448.789	506.440	—	a) 900.600 b) —	3.054.629	592.898	888.301
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	34.068.589	140.295	—	a) 211.103 b) —	33.997.781	21.811.091	26.758.782
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	37.345.431	3.120.392	—	a) 1.224.922 b) —	39.240.901	6.834.207	5.366.786
a	74.862.809	3.767.127	—	a) 2.336.625 b) —	76.293.311	29.238.196	33.013.869

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	2.560.488	—	271.335	—	172.578	—	2.461.731
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	7.309.807	—	211.103	—	5.087.987	—	12.186.691
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	31.978.644	—	1.157.363	—	1.585.413	—	32.406.694
a	41.848.939	—	1.639.801	—	6.845.978	—	47.055.116

	Anschaffungskosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Schuldscheindarlehen/Namenspapiere	1.975.000.000	-85.000.000	1.890.000.000
Wertpapiere des Anlagevermögens	50.795.000	983.631	51.778.631
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	54.379.887	-13.310.323	41.069.564
Anteile an verbundenen Unternehmen	30.346.383	-5.700.000	24.646.383
b	2.110.521.270	-103.026.692	2.007.494.578
Summe a und b	2.185.384.079		2.036.732.774

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 2.050.787.706 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate ----- EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr ----- EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre ----- EUR	mehr als fünf Jahre ----- EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	50.919.871	530.000.000	864.905.091	674.971.240
Forderungen an Kunden (A 4)	72.248.652	219.177.309	1.018.454.670	3.773.045.701

In den Forderungen an Kunden sind 28.419.714 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 12.907.423 EUR fällig.

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr ----- EUR	Vorjahr ----- EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	95.517.109	125.400.162

	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr ----- EUR	Vorjahr ----- EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	44.000.000	44.000.000

Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) von mehr als 10 % (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert ----- EUR	Zeitwert ----- EUR	Differenzen (Zeitwert/Buchwert) ----- EUR	Erhaltene Ausschüttungen ----- EUR	Tägliche Rückgabe ----- Ja / Nein
Wertsicherung	269.999.912	278.061.872	8.061.960	—	Ja

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	EUR	Jahr
a) NaturTalent Stiftung gGmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2023	549.755	2023	-198.827
b) NaturTalent Beratung GmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2023	452.441	2023	45.208
c) Sparda München Verwaltungs GmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2023	425.667	2023	2.514
d) Sparda München Arnulf I GmbH & Co. KG, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2023	26.439.405	2023	159.603
e) Sparda München Arnulf II GmbH & Co. KG, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2023	71.020.617	2023	1.827.533
f) LENA Nachhaltigkeits GmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	83,33	2023	1.064.117	2023	174.233

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	EUR	Jahr
a) SUMMACOM GmbH & Co. KG, Kastanienweg 11-13, 66386 St. Ingbert	12,15	2022	3.198.161	2022	-1.481.092
b) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg Heilbronner Str. 41, 70191 Stuttgart	0,71	2023	3.209.878.565	2023	97.403.618
c) Wealthcap Spezial AIF 4 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, Am Tucherpark 3, 80538 München	9,87	2023	234.313.327	2023	-7.773.179
d) COMECO GmbH & Co. KG, Rotebühlplatz 8, 70173 Stuttgart	11,41	2022	7.457.846	2022	-7.836.150
e) Sopra Financial Technology GmbH, Frankenstr. 146, 90461 Nürnberg	7,28	2022	7.044.340	2022	-14.911.667

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	138.947.304	131.674.027	7.273.277	51.825.481

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 50.825.481 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 45.292.633 EUR. Bei den Wertpapieren im Anlagevermögen, die nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wurden, konnten Abschreibungen in Höhe von 5.532.848 EUR vermieden werden. Es handelt sich um rein zinsinduzierte Marktwertveränderungen, die nicht als dauerhaft betrachtet werden.

In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	20.844.079
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.834.207

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Steuererstattungsansprüche aus Gewerbesteuer	8.332.440
Steuererstattungsansprüche aus Körperschaftsteuer	8.017.136
Provisionsforderungen an Union Investment	6.199.734
Steuererstattungsansprüche aus Solidaritätszuschlag	440.943

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind 2.561.346 EUR Agiobeträge auf Forderungen (Vorjahr: 2.903.720 EUR) enthalten.

Des Weiteren sind Prämien für Swaptions und Caps in Höhe von 3.354.701 EUR und Abgrenzungsposten auf Sachaufwand in Höhe von 8.285.820 EUR enthalten.

In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten – Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (5bb)	2.383.631	1.383.631

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 197.330.478 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	21.998.367	8.108.817	39.792.812	113.648.163
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	–	2.521	–	–
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	148.701.348	855.316.698	412.414.910	17.000

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Gehaltsverpflichtungen	3.171.779
Abführung Kapitalertragsteuer	2.580.479
Verbindlichkeiten aus offenen Rechnungen	1.390.984
Risikoprämie aus Migration	445.946
Abführung Umsatzsteuer	410.723

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 68.722 EUR (Vorjahr: 100.776 EUR) enthalten.

In den Rückstellungen war zum 31.12.2022 eine Drohverlustrückstellung aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs in Höhe von 67.392.154 EUR enthalten. Die vollständige Auflösung dieser Drohverlustrückstellung in Höhe von 67.392.154 EUR zum 31.12.2023 hat den Jahresüberschuss wesentlich beeinflusst. Der Ausweis der Auflösung erfolgte in der Position E 14 ‚Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft‘.

Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 1.222.526 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
Termingeld mit Nachrangabrede	11.926.000	EUR	3,00	31.12.2027
Termingeld mit Nachrangabrede	11.520.000	EUR	3,00	31.12.2028
Termingeld mit Nachrangabrede	31.668.533	EUR	1,25	31.12.2028
Termingeld mit Nachrangabrede	8.665.000	EUR	1,25	31.12.2029

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens fünf Jahre. Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als Eigenmittel gemäß Art. 63 CRR.

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr ----- EUR	Vorjahr ----- EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.447.431	3.872.685

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	208.840.684
b) der ausscheidenden Mitglieder	8.738.132
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	1.975.532
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR —

Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage ----- EUR	Andere Rücklagen ----- EUR
	Stand 1. Januar 2023	69.307.388
Einstellungen		
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	265.000	243.413
Stand 31. Dezember 2023	69.572.388	204.253.447

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,500 %	3.252.376,44
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	420.000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	517.746,23
Insgesamt	4.190.122,67

Ausschüttungsgesperrte Beträge bestanden zum 31. Dezember 2023

Der Gesamtbetrag der Beträge im Sinne des § 268 Abs. 8 HGB (Ausschüttungssperre) gliedert sich wie folgt:

	EUR
Aktivierung latenter Steuern (Überhang aktiver latenter Steuern)	25.476.842

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag liegt bei 520.335 EUR.

Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente Nichthandelsbestand

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Zinsswaps in Höhe von 2.447,0 Millionen EUR und Caps in Höhe von 75,0 Millionen EUR. Die Termingeschäfte wurden im Wesentlichen zur Absicherung eigener Geschäftspositionen als Cash-Flow-Hedges sowie im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen. Sie dienen insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos.

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

In der nachfolgenden Tabelle sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands, einschließlich der in Bewertungseinheiten einbezogenen Derivate, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge dargestellt.

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	< = 1 Jahr	> 1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	990,0	340,0	1.117,0	2.447,0	31,5	-24,7
Zinsoptionen – Käufe	–	–	75,0	75,0	10,1	–

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Der theoretische Marktwert der Zinsoptionen wird mit Hilfe der Black-Formel für europäische Zinsoptionen gerechnet. In das Bewertungsmodell fließen Marktzinssätze sowie handelsübliche Volatilitäten ein.

Bei Optionen erfolgte die Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ anhand anerkannter Optionspreismodelle. Danach bestimmt sich der Wert der Optionen insbesondere nach dem Wert des zugrundeliegenden Basisobjekts und dessen Volatilität, dem vereinbarten Basispreis, Basiszinssatz oder Basisindex, dem risikolosen fristenadäquaten Zinssatz sowie der Restlaufzeit des Kontrakts.

Für Zinsbegrenzungsvereinbarungen im Volumen von 75.000.000 EUR stehen Optionsprämien in Höhe von 3.208.891 EUR (Aktiva 14) zu Buche.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Derivate	Stellung von Barsicherheiten	14.600.000

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinsaufwendungen sind negative Zinsen aus Termingeldaufnahmen bei Kreditinstituten enthalten. Diese belaufen sich auf 34.847 EUR (Vorjahr: 2.960.574 EUR).

Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden erbracht:

- für Zahlungsverkehr
- für Vermittlung von Investments (Union Investment)
- für Vermittlung von Krediten (easyCredit)

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	EUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.424.164
Mieterträge	796.526

Sonstige betriebliche Aufwendungen	EUR
Verluste aus Veräußerung und Abgang von Anlagevermögen	686.823
Aufwand aus Rechtsrisiken	560.000
Abzinsung für Pensionsrückstellungen	461.006

Außerordentliche Aufwendungen	EUR
Im Zusammenhang mit der Projektarbeit zur Migration der IT-Anwendungen zum IT-Dienstleister Atruvia AG, Karlsruhe, sind a. o. Aufwendungen wie folgt angefallen:	2.142.000

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 1.560.254 EUR, des Aufsichtsrats auf 225.204 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene auf 660.010 EUR.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2023 Pensionsrückstellungen in Höhe von 19.099.125 EUR.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Aufsichtsrats	689.093

Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von 11.953.620 EUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2023 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	355,25	285,00

Außerdem wurden durchschnittlich 25,50 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang 2023	275.605	4.076.490
Zugang 2023	2.245	145.709
Abgang 2023	10.777	206.032
Ende 2023	267.073	4.016.167

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um		EUR	3.136.796
Höhe des Geschäftsanteils EUR 52	Höhe der Haftsumme	EUR	–
	Max. je Mitglied	EUR	5.200

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda Banken e.V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter / Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Helmut Lind	Aufsichtsrat	DEVK allg. Versicherungs AG

Mitglieder des Vorstands

Peter Berger (Vorsitzender), Vorstandsmitglied Strategie und Vertrieb
Joachim Gorny, Vorstandsmitglied Steuerung und Produktion seit 01.10.2023
Helmut Lind (Vorsitzender), Vorstandsmitglied Öffentlichkeitsarbeit, Personal und Strategie bis 31.07.2023
Petra Müller (stellvertretende Vorsitzende), Vorstandsmitglied Vertrieb bis 31.08.2023
Silke Schneider-Wild, Vorstandsmitglied Steuerung, Compliance und Organisation bis 31.10.2023

Mitglieder des Aufsichtsrats

Berthold Ottmann (Vorsitzender), Erster Polizeihauptkommissar a.D.
Kurt Dobrauer (stellv. Vorsitzender), Angestellter, DB Cargo AG
Norbert Zänkert, Angestellter, DB Cargo AG
Oliver Edelmann, Bankkaufmann, Sparda-Bank München eG
Brigitte Graf, Bankkauffrau, Sparda-Bank München eG (bis 28.06.2023)
Peter Nitschmann, Bankkaufmann, Sparda-Bank München eG
Sabine Beier, Syndikusrechtsanwältin, DB Regio AG
Thorsten Weinert, Key-Account-Manager, DEVK Versicherungen
Bettina Hinterseer (geb. Elfert), Psychologin M.Sc.
Christian Kaffl, Außenhandelskaufmann, Sparda-Bank München eG (seit 28.06.2023)

München, 12. März 2024
Sparda-Bank München eG

Der Vorstand



Peter Berger



Joachim Gorny

Bestätigungsvermerk



Foto: iStock, ljubaphoto

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank München eG, München

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank München eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 sowie den Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Im Lagebericht wird auf die Veröffentlichung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach §§ 289b bis 289e HGB verwiesen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich unsere inhaltliche Prüfung nicht auf diesen gesonderten nichtfinanziellen Bericht.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs
3. Ansatz aktiver latenter Steuern im Jahresabschluss

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 5.111,3 Mio. EUR. Dies entspricht 55,6 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs

- a) Mit den Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden, den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren auf der Aktivseite (insgesamt 8.913,3 Mio. EUR bzw. 97,0 % der Bilanzsumme) und den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten auf der Passivseite (insgesamt 8.540,2 Mio. EUR bzw. 92,9 % der Bilanzsumme) gehören wesentliche Teile der Bilanz sowie die zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate mit einem Nominalwert von 2.522 Mio. EUR zu den Finanzinstrumenten des Bankbuchs bzw. Zinsbuchs der Genossenschaft.
Die Finanzinstrumente des Bankbuchs sind im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. von der Genossenschaft verlustfrei zu bewerten. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem Unterschiedsbetrag die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach verbleibenden Verpflichtungsüberschuss ist eine Drohverlustrückstellung zu bilden, die unter den anderen Rückstellungen auszuweisen ist. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2023 war eine Auflösung der Rückstellung in Höhe von 67,4 Mio. EUR zu buchen. Die Auflösung der Rückstellung erfolgte in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Erträgen aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft.
Die im Geschäftsjahr gestiegenen Marktzinsen haben unter anderem auch Auswirkungen auf die Zinsmarge aus den bestehenden Positionen des Bankbuchs und einen diesbezüglich möglichen Verpflichtungsüberschuss. Dem Ansatz und der Bewertung einer Drohverlustrückstellung für einen solchen Verpflichtungsüberschuss liegen in einem hohen Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass wesentliche Annahmen und Parameter nicht sachgerecht berücksichtigt werden bzw. Ermessensspielräume nicht sachgerecht genutzt werden. Daher ist dieser Sachverhalt für den Jahresabschluss und insbesondere für die Ertragslage von entscheidender Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Im Rahmen unserer Prüfung der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir uns unter anderem mit den bei der Bewertung zugrunde gelegten Annahmen und Parametern sowie der Abgrenzung des Bankbuchs auseinandergesetzt. Schwerpunkt war die Würdigung der Annahmen zur Schätzung der direkt aus den zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs resultierenden Provisionserträgen, der zugrundeliegenden Kostenannahmen, insbesondere im Bereich der Verwaltungskosten, der Risikokosten im Eigen- und Kundengeschäft sowie der zugrundeliegenden Annahmen für Geschäfte mit unbestimmter Zins- bzw. Kapitalbindung. Des Weiteren haben wir die zutreffende Ableitung der laufzeitadäquaten Zinssätze aus Marktdaten nachvollzogen und haben uns von der Kongruenz der verwendeten Methoden, Steuerungsinstrumenten und Parametern zur internen Risikosteuerung überzeugt.
Das Berechnungsschema der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir anhand der einfließenden wesentlichen Annahmen und Parameter einschließlich der Diskontierung nachvollzogen und plausibilisiert. Dabei haben wir bestimmte von den gesetzlichen Vertretern angewandte Annahmen und Parameter einer Einzelfallprüfung unterzogen.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur verlustfreien Bewertung des Bankbuchs sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Ansatz aktiver latenter Steuern im Jahresabschluss

- a) Die Genossenschaft hat im Jahresabschluss 2022 erstmalig von dem Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht und aktive latente Steuern im Jahresabschluss angesetzt. Die in der Bilanz im Aktivposten 15 ausgewiesenen aktiven latenten Steuern belaufen sich zum 31.12.2023 auf 25,5 Mio. EUR. In 2023 verbesserten sich die Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV-Position 23) in Höhe von 4,3 Mio. EUR

und damit auch das Ergebnis des Geschäftsjahres 2023. Bei der Ermittlung der latenten Steuern sind nur Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz zu berücksichtigen, die sich in späteren Jahren voraussichtlich ausgleichen werden (zeitliche Abweichungen) und insgesamt zu einer künftigen Steuer- bzw. -entlastung führen. Dabei sind alle berücksichtigungsfähigen Abweichungen vollständig in die Berechnung in Form einer Gesamtdifferenzenbetrachtung einzubeziehen. Im Falle eines Aktivüberhangs besteht ein Ansatzwahlrecht in Bezug auf die latenten Steuern. Die Bewertung des ermittelten Überhangbetrages hat mit dem unternehmensindividuellen Steuersatz im Zeitpunkt des zukünftigen Abbaus der Bewertungsdifferenzen zu erfolgen. Bei der Ermittlung der latenten Steuern bestehen in einem höheren Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter. Diese resultieren insbesondere bei der Beurteilung, ob mit den für die Zukunft zu erwartenden steuerlichen Entlastungen tatsächlich gerechnet werden kann oder ob Erkenntnisse bzw. Tatsachen vorliegen, die dies zweifelhaft erscheinen lassen. Daneben ist die rechnerische Ermittlung der aktivierten latenten Steuern mit erhöhten Fehlerrisiken behaftet. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass die latenten Steuern nicht sachgerecht ermittelt wurden. Daher ist die zutreffende Berechnung der latenten Steuern angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand der von der Genossenschaft zur Verfügung gestellten Gesamtdifferenzenbetrachtung der latenten Steuern davon überzeugt, dass ausschließlich zeitliche Abweichungen aus den unterschiedlichen Bewertungsansätzen aus Handels- und Steuerbilanz berücksichtigt wurden und permanente Differenzen nicht einbezogen wurden. Daneben haben wir die Vollständigkeit der Bewertungsdifferenzen geprüft und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Positionen gerichtet, bei denen typischerweise Sachverhalte auftreten, die zu zeitlichen Differenzen führen. Weiterhin haben wir die Ermittlung des verwendeten unternehmensindividuellen Steuersatzes und dessen sachgerechte Anwendung auf den aktivierten Überhangbetrag der ermittelten latenten Steuern nachvollzogen. Daneben haben wir die Unternehmensplanung der Genossenschaft plausibilisiert und auf dieser Basis nachvollzogen, dass davon auszugehen ist, dass zukünftig ausreichende steuerpflichtige Gewinne zu erwarten sind und somit in Zukunft mit den zu erwartenden steuerlichen Entlastungen aus den aktivierten latenten Steuern tatsächlich gerechnet werden kann. Abschließend haben wir uns von dem sachgerechten Ausweis der aktivierten latenten Steuern im Jahresabschluss überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung der latenten Steuern sind im Anhang in den Abschnitten „Allgemeine Angaben“ und „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen

und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Daniel Schmiederer.

Frankfurt am Main, den 21. Mai 2024

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Schmiederer
Wirtschaftsprüfer“

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2023

(„Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank München eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als in der Bundesrepublik Deutschland tätige Kreditgenossenschaft. Die Tätigkeit der Sparda-Bank München eG besteht darin, Einlagen von Privatkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank München eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2023 139.499 TEUR.

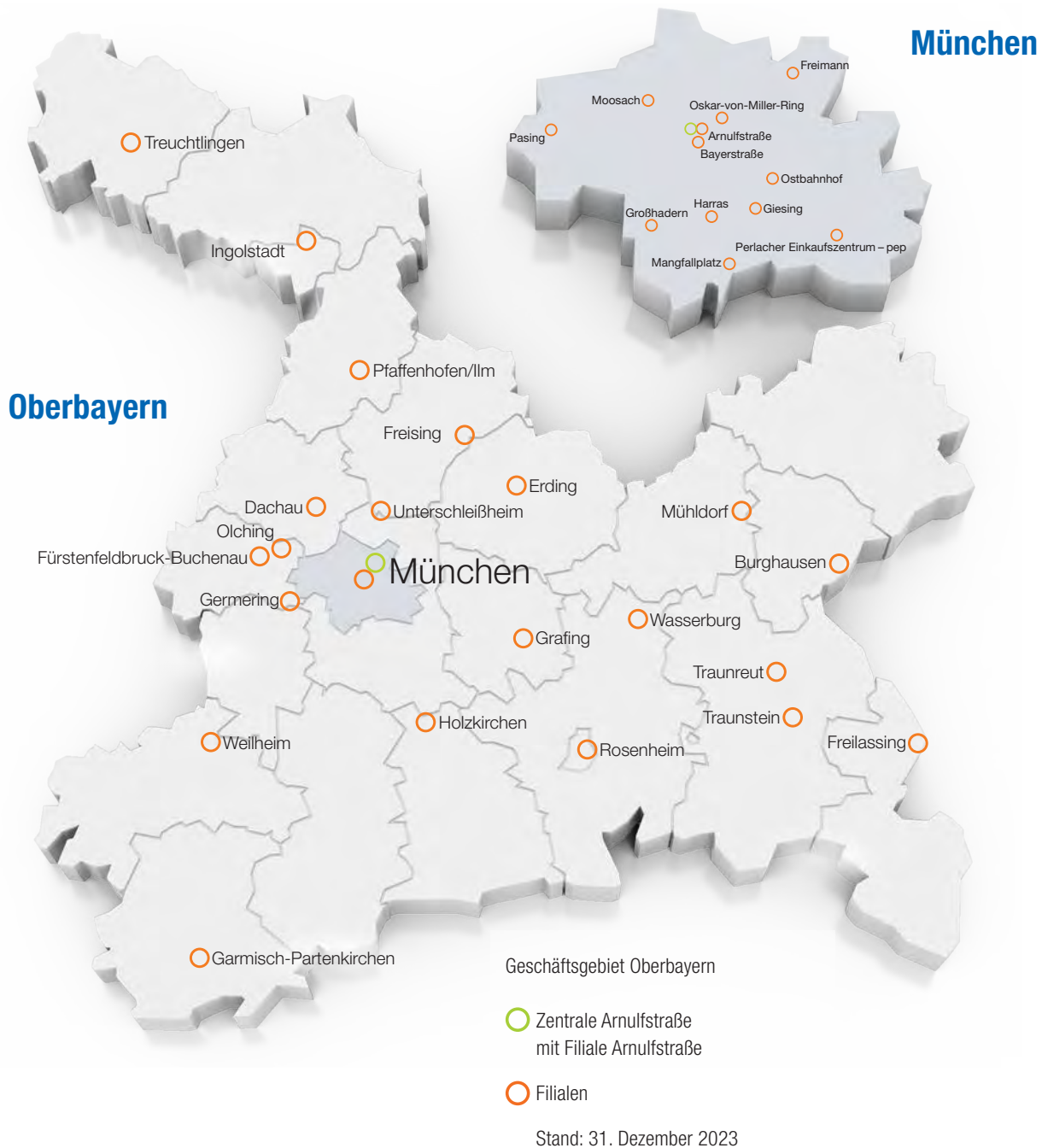
Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 543.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 3.983 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen –271 TEUR und betreffen laufende sowie auch latente Steuern.

Die Sparda-Bank München eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Die Sparda-Bank München vor Ort



Sie sind bei uns immer herzlich willkommen: in Ihrer Filiale, online oder am Telefon!

🏠 Zentrale:
Arnulfstraße 15 · 80335 München
Weitere Filialen in München und Oberbayern

✉ E-Mail: info@sparda-m.de

☎ SpardaService-Telefon:
089 55142-400

💻 Internet: www.sparda-m.de
Digitale Beratung: www.sparda-m.de/video

Alle Adressen und Kontaktdaten zu unseren Filialen in Oberbayern finden Sie unter www.sparda-m.de/filialen.

Impressum

Herausgeber:

Sparda-Bank München eG

Redaktion:

Christine Miedl (V. i. S. d. P.), Marianne Schmid
Unternehmenskommunikation

Adresse:

Arnulfstraße 15, 80335 München
SpardaService-Telefon: 089 55142-400
Telefax: 089 55142-100
E-Mail: presse@sparda-m.de
www.sparda-m.de

Konzeption, Gestaltung und Bildbearbeitung:

siro Production GmbH
Agentur für graphische Produktion
Büchelstraße 5-7, 66538 Neunkirchen
www.siro.one

Ausführende Druckerei:

Gotteswinter und FIBO Druck- und Verlags GmbH
Joseph-Dollinger-Bogen 22
80807 München

Der Geschäftsbericht 2023 der Sparda-Bank München eG ist auf 100 Prozent Recyclingpapier, das den Blauen Engel trägt, gedruckt.

Wir drucken mit finanziellem Klimabeitrag. Die CO₂-Emissionen des Drucks werden damit ausgeglichen, indem wir in ein Klimaprojekt einzahlen.



Wir unterstützen die Ziele
für nachhaltige Entwicklung
der Vereinten Nationen

Deutschlands erste
GEMEINWOHL-BANK

Sparda-Bank München eG
Sparda-Bank